

Mensch & Politik

Dr. Silke Launert



LESEN SIE AKTUELLES AUS BERLIN UND DER REGION BAYREUTH-FORCHHEIM

Mensch & Politik
GESAMTAUSGABE 22 - 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Angriff Putins auf die Ukraine hat eine Zeitenwende eingeläutet. Er hat die Welt in ein „Davor“ und ein „Danach“ gespalten. Vermeintliche Gewissheiten sind innerhalb kürzester Zeit pulverisiert worden. Alte Fragen müssen nun neu gestellt werden: Wofür ist der Staat eigentlich da? Was sind seine primären Aufgaben? Die Antwort darauf ist meines Erachtens, dass der Staat vor allem die Aufgabe hat, das zu garantieren, wozu der Einzelne nicht in der Lage ist. Dazu gehört zuvorderst die von ihm eingenommenen Steuern zur Einlösung des Sicherheitsversprechens zu verwenden, also der Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit. Innerer und äußerer Frieden – beide Ausformungen des Friedensbegriffes stellen die unverzichtbaren Grundpfeiler einer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft dar. Eine Gesellschaft, die dazu in der Lage ist, dem Einzelnen auch soziale Sicherheit zu bieten. In den vergangenen Jahrzehnten sind diese Grundpfeiler in den Hintergrund gerückt – sie waren uns zur Selbstverständlichkeit geworden. Aber nicht nur diese, auch eine andere vermeintliche Sicherheit wurde uns genommen: Die Garantie auf Frieden in Europa, die Garantie dafür, dass es auf europäischem, aber auch auf deutschem Boden keinen Krieg mehr geben wird. Uns muss klar sein: Innerhalb kürzester Zeit

kann sich die Lage ändern – es können Menschen an die Macht geraten, welche die Gesellschaft spalten und die Demokratie abschaffen wollen. Wir sollten uns daher stets bewusst machen, dass der Boden des Friedens und der Demokratie immer wieder, auch nach vielen Jahrzehnten des Friedens, jederzeit ins Wanken geraten kann.

Die Folgen des Krieges in der Ukraine sind fürchterlich: Viele mussten bereits ihr Leben lassen, haben Angehörige, ihr Zuhause verloren, müssen an der Front kämpfen oder sind auf der Flucht. Auch in Deutschland bekommen wir die Auswirkungen des Krieges zu spüren. Die Öl- und Gaspreise steigen – und das, obwohl sie schon vor Ausbruch des Krieges und der Verhängung der Sanktionen auf einem Höchststand angekommen waren. Zudem stehen unsere Städte und Kommunen vor der großen Herausforderung, die Geflüchteten aufzunehmen und zu versorgen.

Wir können diese Situation bewältigen, aber hierzu bedarf es einiger Voraussetzungen. Zum einen braucht es ein koordiniertes Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen, um die ankommenden Menschen gut zu integrieren. Zum anderen ist eine Registrierung der Geflüchteten wie auch derjenigen, die privat Geflüchtete

aufnehmen, dringend erforderlich. In Bezug auf die steigenden Verbraucherpreise braucht es zudem eine schnelle und unbürokratische Entlastung, wie etwa die Absenkung der Mineralölsteuer und der Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe.

Bei alledem, was derzeit an unfassbar schlimmen Dingen passiert, dürfen wir zugleich nicht aus dem Blick verlieren, was in den vergangenen Tagen und Wochen zugleich auf eindrucksvolle Weise sichtbar wurde: Die Hilfsbereitschaft der Menschen überall in Europa und der Welt. Auch die Menschen hier in Deutschland haben ihre Herzen geöffnet und engagieren sich in außerordentlichem Maße: Sei es durch Geld- oder Sachspenden oder durch Hilfe bei der Aufnahme von Geflüchteten. Diese Hilfsbereitschaft und Herzenswärme kann uns auch in diesen schweren Zeiten Hoffnungen spenden und uns trotz all der furchtbaren Ereignisse mit Zuversicht in die Zukunft blicken lassen.

Ihre

Krieg in der Ukraine – Millionen Menschen auf der Flucht



Berlin. Der Ausbruch des Krieges in der Ukraine zwingt Millionen Menschen dazu, ihr Land zu verlassen. Unter den Geflüchteten befinden sich vorwiegend Frauen und Kinder, die innerhalb der EU Schutz suchen. Seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine sind nach Behördenangaben bereits mehr als 246.000 Kriegsflüchtlinge in die Bundesrepublik eingereist. Da es jedoch keine festen Kontrollen an den Binnengrenzen gibt und Ukrainer ohne Visum einreisen können, ist davon auszugehen, dass die tatsächliche Zahl deutlich höher liegt. Um die Einreise und den Aufenthalt der Betroffenen zu erleichtern und den Geflüchteten die Möglichkeit sowie die erforderliche Zeit für die Einholung eines Aufenthaltstitels im Bundesgebiet zu geben, hat das Bundesinnenministerium nun eine Rechtsverordnung erlassen, mithilfe derer Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine im Bundesgebiet vorübergehend vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit werden. Die bis zum 23. März 2022 befristete Verordnung ist am 9. März 2022 in Kraft getreten und ist rückwirkend zum 24. Februar 2022 anwendbar. Bis zum Ablauf des 23. März muss eine entsprechende Antragstellung bei der zuständigen Ausländerbehörde zur Erteilung eines Aufenthaltstitels nach § 24 Aufenthaltsgesetz erfolgen.

Länder und Kommunen fordern stärkere Hilfe vonseiten des Bundes.

Angesichts der hohen Anzahl an Geflüchteten fordern die Länder und Kommunen stärkere Unterstützung vonseiten des Bundes und eine gerechte Verteilung der Geflüchteten. Gerade in den größeren Städten, wie etwa Berlin, sei die Lage kaum mehr zu bewältigen. Die Helfer seien am Rande ihrer Kräfte. Zudem wird vermehrt von sexuellen Übergriffen und Ausbeutung der Schutzsuchenden berichtet. Menschenhändler, kriminelle Banden aus dem Rotlichtmilieu, aber auch Einzelpersonen nutzen die unübersichtliche Lage an den Erstaufnahmestellen aus und versuchen, die Notsituation der ankommenden Frauen und Kinder für ihre Zwecke zu missbrauchen. CDU und CSU fordern daher die Etablierung bundesweiter Schutzkonzepte. Die Bundesregierung dürfe nicht einfach weiter tatenlos zusehen. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert bezieht klar Position:

„Es ist kaum zu glauben, aber leider grausame Realität: Geflüchtete Frauen und Kinder, die Furchtbares in ihrer Heimat erlebt haben, die schwer traumatisiert sind, werden hier in Deutschland - einem Ort, von welchem sie sich Sicherheit erhoffen - Opfer sexueller Gewalt und ausbeuterischer Praktiken. Das dürfen wir nicht zulassen!“

Launert richtet dabei einen deutlichen Appell an die zuständige Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die Bundesfamilienministerin Anne Spiegel und den Bundesjustizminister Marco Buschmann:

„Handeln Sie! Sorgen Sie dafür, dass diejenigen, die bei uns Schutz suchen, nicht Opfer sexueller Gewalt werden!“ Dabei betont die Bayreuther Abgeordnete und ehemalige Staatsanwältin, dass aus ihrer Sicht vor allem drei Punkte zu einem Schutzkonzept erforderlich seien: Zum einen müsse der Bund an den Erstaufnahmestellen Ordnung herstellen und eine sichere Aufnahme gewährleisten. Zweitens müssten sämtliche Möglichkeiten der Unterbringung, vor allem private Unterkünfte, registriert werden. Und drittens müssten die geflüchteten Frauen und Kinder niedrigschwellig darüber informiert werden, an welche Stellen sie sich vertrauensvoll wenden können. Ein weiteres Abwarten seitens der Bundesregierung wäre absolut inakzeptabel, so Launert abschließend.

Ukraine – Spielball Putins



Bayreuth Innerhalb weniger Tage hat sich die Welt verändert. Es herrscht Krieg in Europa. Russland greift die Ukraine an. Das hat weitreichende Folgen, die auch Deutschland zu spüren bekommt. Über die aktuelle Lage und über die Auswirkungen auf Wirtschaft, Energiepreise und Lieferketten informierte Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert Anfang März in einer gemeinsamen Videoschalt mit der CSU Bayreuth-Stadt und der Frauen Union Oberfranken. Als Experte gab der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Jürgen Hardt einen Überblick über die Verfahrenheit der Situation.

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges sei die sicherheitspolitische Situation nicht mehr so kritisch gewesen wie jetzt, sagte Hardt in seinem Vortrag. Tägliche Besprechungen des Nato-Rates zeigten die Dramatik der Stunde. „Wir sind in diese Situation gekommen, weil wir es mit einem unberechenbaren russischen Präsidenten zu tun haben, den wir über lange Jahre falsch eingeschätzt haben“, so der außenpolitische Sprecher. Putin habe in den letzten Jahren systematisch darauf hingearbeitet, Russland auch außenpolitisch zu neuer Größe zu führen. Der Maßstab sei seine Aussage, die größte Niederlage sei die Zerschlagung der Sowjetunion gewesen. Allerdings müsse man wissen, dass sich die Sowjetunion selbst aus freien Stücken zerlegt habe, weil sich die kommunistischen Regionalfürsten der Sowjetunion von Moskau nichts vorschreiben lassen wollten, erklärte Hardt. „Putin hat eine Geschichtssicht, die völlig daneben liegt!“

Die letzten Tage seien eine Aneinanderreihung von Fehlschätzungen Putins gewesen, die zu der jetzigen Situation geführt hätten. Putin sei der Meinung gewesen, er könne mit subversiven Kräften und durch Anheizen einer entsprechenden Stimmung in der Ukraine, eine Stimmung erzeugen, in der nach der Hilfe aus Russland gerufen werde. Putin erzähle in seinem Land die Legende, dass die Russen in der Ukraine einem Völkermord ausgesetzt seien. Er sei davon ausgegangen, er könne eine Stimmung erzeugen, die einen Rettungseinsatz russischer Kräfte in der Ukraine rechtfertige, was ihm allerdings nicht gelungen sei. Putin habe außerdem nicht mit dem massiven Widerstand der ukrainischen Soldaten und Zivilisten gerechnet sowie den Zusammenhalt von EU und Nato und der Stärke der ergriffenen Sanktionen unterschätzt. „Der Mythos von der ungeschlagenen russischen Armee ist ein Stück weit auf den Straßen Kiews verdampft.“ Zwar könne Russland die Ukraine militärisch sicher besiegen, der Vormarsch gestalte sich jedoch ganz anders, als vorgestellt. Seine Zeitpläne, die Regierung zu entmachten und eine Marionettenregierung in der Ukraine zu installieren – so die vermuteten Pläne Putins – seien verfehlt worden. „Putin steht aus militärischen Gründen mit dem Rücken an der Wand, aber auch, weil er die Geschlossenheit der übrigen Welt komplett unterschätzt und die Zahl seiner Freunde – Stichwort China – überschätzt hat“, sagte Hardt. In dieser Situation könne als erstes extremes Szenario eintreten, dass die Sanktionen innerhalb kürzester Zeit eine solch massive Wirkung auf das Umfeld von Putin haben, dass es im Kreml eine Bewegung gibt, die Putin den Stecker ziehe. Vergleichbar einer Palastrevolution. Dies sei zwar recht unwahrscheinlich, aber nicht völlig abwegig, so die Einschätzung des Experten. Das enormste Szenario, das derzeit vorstellbar sei: Es sei nicht auszuschließen, dass Putin, wenn er seine militärischen Ziele auf konventionelle Art nicht innerhalb weniger Tage erreichen könne, Atomwaffen zur Erpressung einsetze. „Wir haben in der Weltgeschichte noch keinen Fall, wo ein Herrscher über Atomwaffen den Einsatz androht, um ein bestimmtes Verhalten zu erzwingen. Wir halten es aber nicht für ausgeschlossen“, so Hardt. Die Ukraine wäre in diesem Fall gut beraten, der Erpressung stattzugeben.

Ein hartes Vorgehen gegen Russland sei notwendig, da es klare Anzeichen dafür gebe, dass Putin nicht nur Richtung Ukraine und Weißrussland blickt, wo er bereits eine Marionettenregierung installiert habe, sondern auch Georgien und Moldawien unter seine Kontrolle versuchen wird zu bringen. Mittelfristig gesehen könne ein nächster Schritt Putins sein, dass er von Weißrussland aus einen Landkorridor nach Kaliningrad einfordere, der dann über Nato-Territorium (Litauen und Polen) führen würde. Derzeit sehe Hardt dieses Szenario noch entspannt, da die russischen Streitkräfte momentan nicht in der Lage wären, der Nato Paroli zu bieten. Man wisse aber nicht, wie Russland in den nächsten Jahren aufrüsten wird. Daher unterstütze die CDU/CSU-Bundestagsfraktion das vorgeschlagene Aufrüstungsprogramm für die Bundeswehr und ist bereit die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um dies stemmen zu können. „Unsere Nato-Partner erwarten mehr Führungsverantwortung und mehr Engagement Deutschlands bei der Verteidigung“, schloss Hardt.

Im Anschluss an den 20-minütigen Vortrag eröffnete Launert die Diskussions- und Fragerunde mit den Teilnehmern der Veranstaltung. Hardt beantwortete Fragen zu Öl- und Gaslieferungen, Preiserhöhungen, Lieferkettenproblemen und Einschränkungen bei Lieferungen wie Saatgut.

Explodierende Energiepreise: Union fordert sofortige Energiepreisbremse

Berlin. Ganz gleich, ob Autofahrer, Hauseigentümer, Mieter, Verbraucher oder Unternehmer: Alle sind von den explodierenden Preisen für Öl, Strom und Gas betroffen. Für die Union ist angesichts dieser dramatischen Entwicklung klar: Verbraucher und Unternehmen müssen entlastet werden – und zwar so schnell wie möglich. CDU und CSU fordern deshalb eine sofortige Energiepreisbremse. Dazu gehört insbesondere auf EU-Ebene die Möglichkeit einer Absenkung der Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe von 19 auf sieben Prozent zu schaffen sowie die Mineralölsteuer abzusenken.

„Diejenigen, die in ländlichen Regionen wohnen, können nicht einfach auf ihr Auto verzichten. Sei es der Weg zur Arbeit, zum Arzt, zum Supermarkt oder zur Kita – ohne Auto geht oftmals gar nichts. Die Bundesregierung muss jetzt schnell handeln – und nicht wie bislang nur halbherzig! Wir dürfen die Menschen in dieser schwierigen Situation nicht im Stich lassen! Die Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe und die Heizölsteuer müssen abgesenkt werden! Denn auch

wenn es sich vielleicht der ein oder andere innerhalb der links-liberalen Regierung in Berlin nicht vorstellen kann: Die meisten Menschen wohnen nicht in der Großstadt und können daher nun einmal nicht so eben auf den öffentlichen Nahverkehr umsteigen“, so die klaren Worte der Bayreuther Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert.

Zu den konkreten Gegenvorschlägen der Union gehört neben der Absenkung der Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe die Senkung der Mehrwertsteuer auf Strom- und Heizstoffe sowie Fernwärme, die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß sowie die Anhebung der Pendlerpauschale.

Das am Donnerstag von der Ampel vorgelegte Energieentlastungspaket wird von CDU und CSU scharf kritisiert. Anstelle eines Gesamtkonzeptes enthielte das Paket lediglich einzelne Maßnahmen mit wenig Inhalt. Zudem komme es deutlich zu spät. Die Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe auf das europä-

ische Mindestmaß genüge absolut nicht, um eine ausreichende Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, zumal die Reduzierung lediglich auf drei Monate befristet sei, so die Kritik. Bestandteil des Pakets ist zudem eine einmalige Energiepreispauschale von 300 Euro für alle einkommensteuerpflichtigen Erwerbstätigen, die als Zuschuss zum Gehalt gezahlt werden soll. „Auf den ersten Blick mag das toll klingen: 300 Euro für jeden Erwerbstätigen. Tatsächlich handelt es sich hierbei aber um eine Mogelpackung! Denn die Pauschale unterliegt der Einkommensteuer. Am Ende bleibt von den 300 Euro dann nicht mehr viel übrig“, so die deutliche Kritik der Bayreuther Bundestagsabgeordneten Silke Launert. Was es brauche, so die Abgeordnete weiter, sei ein umfassendes Entlastungskonzept, so wie es die Union fordere. Mit toll klingenden, aber am Ende nur wenig wirksamen Maßnahmen, wie sie nun vonseiten der Ampel beschlossen worden seien, sei den Bürgern und den Unternehmen nicht geholfen.



Bundestag debattiert über Bundeshaushalt – 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr



Berlin. Der Deutsche Bundestag hat in erster Lesung über den Bundeshaushalt 2022 und den Finanzrahmen bis zum Jahr 2026 debattiert. Vorgesehen sind nach der Vorlage der Bundesregierung für das laufende Jahr 2022 Ausgaben und Einnahmen von jeweils 457,6 Milliarden Euro. Die Verabschiedung des Haushaltsgesetzes durch den Bundestag ist nach jetzigem Stand für Freitag, den 3. Juni 2022, angesetzt.

Ein Schwerpunkt der Debatte lag auf dem geplanten Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro. Bundeskanzler Olaf Scholz hatte diese Summe angesichts des Krieges in der Ukraine Ende Februar angekündigt. Um dieses Sondervermögen, das außerhalb der Schuldenbremse errichtet werden soll, bereitstellen zu können, braucht es eine Grundgesetzänderung, für welche eine 2/3-Mehrheit im Parlament erforderlich ist. Allein die Stimmen der Ampel-Koalition genügen hierfür nicht. Die Union hat bereits angekündigt, das Vorhaben grundsätzlich zu unterstützen. Allerdings machten CDU und CSU zugleich deutlich, dass die Union nur dann ihre Zustimmung erteilen wird, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Der Fraktionsvorsitzende der Union Friedrich Merz verdeutlichte in der Debatte, dass die Uni-

on die Ansicht des Bundeskanzlers Olaf Scholz teile, dass es sich bei dem Angriff Putins auf die Ukraine um eine Zeitenwende handle. Zugleich stellte er aber auch heraus, welche konkreten Voraussetzungen für die Erteilung der Zustimmung der Unionsfraktion zu der geplanten Ausnahme von der Schuldenbremse unverzichtbar seien. Merz verwies dabei auf die Einhaltung des 2%-Zieles. Die NATO-Staaten – und damit auch Deutschland – hatten sich im Jahr 2002 dazu verpflichtet, zwei Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben. Das 2%-Ziel, so Merz, müsse dabei dauerhaft erreicht werden und demzufolge auch im Kernhaushalt verankert werden. Zudem muss aus Sicht von CDU und CSU sichergestellt werden, dass die 100 Milliarden Euro auch tatsächlich in die Bundeswehr selbst fließen und nicht für andere Zwecke verwendet würden. Der Fraktionsvorsitzende machte außerdem klar, dass es vonseiten der Union keinen „Blankoscheck“ geben werde. Vor der Verabschiedung des Sondervermögens müsse die Bundesregierung klar festlegen, welche Anschaffungen genau mit den bereitgestellten Geldern finanziert werden sollen. Die Union fordert in diesem Zusammenhang die Schaffung eines Begleitgremiums, das sicherstelle, wohin die Mittel fließen. Ein weiterer für die Union zent-

raler Aspekt ist die Reformierung des Beschaffungswesens der Bundeswehr. Es reiche nicht, allein Gelder zur Verfügung zu stellen, diese müssten auch zügig abgerufen werden können. Erforderlich sei es etwa, dass Genehmigungen schneller und unbürokratischer erteilt würden. Merz forderte ferner, das Sondervermögen mit einem Tilgungsplan zu hinterlegen. Wenn schon eine Ausnahme von der Schuldenbremse gemacht würde, müsse ein entsprechender Plan für die Rückzahlung der neuen Schulden zwingend erfolgen.

Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, welche für die CSU im Haushaltsausschuss sitzt, hält es für zwingend erforderlich, die Bereitstellung der Gelder an Bedingungen zu knüpfen: „Es reicht nicht, nur Milliarden an Geldern zur Verfügung zu stellen. Es muss garantiert werden, dass die Mittel auch bei der Truppe ankommen. Wir werden dabei genau darauf achten, dass die Bundesregierung sich an ihre Zusagen hält.“

Keine Debatte nach Selenskyj-Rede im Deutschen Bundestag – Harte Kritik vonseiten der Union

© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel / photothek



Berlin. Mit bewegenden Worten richtete sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj in einer 20-minütigen Videoansprache Mitte März an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und die ebenfalls im Plenarsaal anwesende Bundesregierung. Selenskyj unterstrich in seiner Rede die Notwendigkeit einer Flugverbotszone und zog einen bildlichen Vergleich zur Berliner Mauer. Die russische Invasion habe eine Art neuer Mauer mitten in Europa geschaffen, die „zwischen Freiheit und Unfreiheit“ trenne. Unmissverständliche Worte richtete der ukrainische Präsident an Bundeskanzler Olaf Scholz: „Zerstören Sie diese Mauer. Geben Sie Deutschland die Führungsrolle, die es verdient.“ Deutliche Kritik übte Selenskyj an der Russland-Politik Deutschlands. Das Festhalten an der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 sowie die Weigerung des

Westens, der Ukraine eine Mitgliedschaft in der Nato zu ermöglichen, habe dazu beigetragen, die Ukraine Russland auszuliefern.

„Die Ansprache hat mich emotional sehr bewegt“, so die Bayreuther Abgeordnete Silke Launert, die vor Ort anwesend war. „Der Gedanke, dass dieser Mensch zurzeit um sein Leben kämpft, ist kaum zu ertragen. Es ist für mich daher nicht ansatzweise nachvollziehbar, wie man im Anschluss an diese Worte einfach zur Tagesordnung übergehen konnte. Der Anstand hätte als absolute Mindestbedingung geboten, die Sitzung für einige Zeit zu unterbrechen. Das Verhalten der Ampel-Koalition ist des Hauses einfach nur unwürdig.“ Launert bezog sich dabei auf die Entscheidung der Ampel-Koalition, an der ursprünglichen Tagesordnung festzuhalten

und einen entsprechenden Antrag der Unionsfraktion auf eine Aussprache zur aktuellen Lage in der Ukraine direkt im Anschluss an die Rede Selenskyjs abzulehnen. „Die Entscheidung stößt ausdrücklich auf unseren Widerspruch und unsere Missbilligung“, so auch die unmissverständlichen Worte des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz.

Egal, wofür man sich in der aktuellen Situation ausspreche, sei es die Aufgabe des Parlaments nach dieser Ansprache des ukrainischen Präsidenten klarzustellen, wo Deutschland stünde, so die klare Haltung von CDU und CSU.

Als Opposition darf ein bisschen Kritik sein:

Genauso wie Politiker, die in die Wirtschaft wechseln, Karenzzeiten brauchen, braucht es Karenzzeiten für Aktivisten, die in wichtige Ämter der Regierung bzw. Ministerien wechseln! Es kann nicht sein, dass NGOs unser Land bestimmen! Es macht mich sprachlos, dass Greenpeace-Chefin Jennifer Morgan Sonderbeauftragte für internationale Klimapolitik im Auswärtigen Amt und Staatssekretärin werden soll! Der Durchmarsch von Aktivismus in die Politik ist nicht akzeptabel und zeigt, dass es nicht darum geht, die Menschen in Deutschland zu vertreten, sondern wie selbstverständlich die Grünen ihre eigenen Ideologien durchzusetzen.

Während die Flut im Sommer wütete, sorgte sich die neue Bundesfamilienministerin Anne Spiegel und damals amtierende Umweltministerin in Rheinland-Pfalz lediglich um ihr Image...

Der Bundesvorstand der Grünen hatte sich im vergangenen Jahr selbst einen „Corona-Bonus“ bewilligt. Nun hat die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Untreue gegen die Vorstandsmitglieder, darunter Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und Bundesaußenministerin Annalena Baerbock, eingeleitet.

Union übt scharfe Kritik am neuen Infektionsschutzgesetz der Ampel-Regierung



Berlin. Mit den Stimmen der Ampel-Koalition hat der Deutsche Bundestag eine Neuregelung des Infektionsschutzgesetzes verabschiedet, wonach der Großteil der Corona-Schutzmaßnahmen zum 20. März abgeschafft worden ist. Sowohl die Maskenpflicht in Supermärkten, dem Handel als auch in der Gastronomie entfallen. Auch 2 G-Beschränkungen können künftig nur noch in Ausnahmefällen angewandt werden. Vorgesehen sind eine Maskenpflicht und die Aufrechterhaltung des Testregimes nur noch in Krankenhäusern, Arztpraxen, dem öffentlichen Nahverkehr sowie im Deutschen Fernverkehr und Flugzeugen. Lediglich in sogenannten Hotspot-Regionen sollen die Landtage schärfere Maßnahmen für einzelne Gemeinden beschließen können.

Scharfe Kritik an dieser Neuregelung kommt nicht nur aus der Praxis, sondern auch vonseiten der Union. Da die Regierung in sich uneinig sei, habe sie sich dazu entschieden, die Verantwortung einfach auf die Länder abzuwälzen. Die im Gesetz vorhandenen Vorgaben für die Länder seien derart ungenau formuliert, dass eine geordnete bundesweite Situationsbewältigung unmöglich gemacht werde. Es drohe ein unübersichtlicher Flickenteppich.

Parlamentsalltag

Ein Tag im März: Wieder einmal stand für die Bayreuther Abgeordnete ein volles Programm auf der Tagesordnung: Erst Vorbereiten der Berichterstattungsthemen für den Haushaltsausschuss, dann Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Haushalt, Pressegespräch, Wahl zum Vorstandsmitglied Parlamentskreis Mittelstand, anschließend Fraktionssitzung, danach ins Büro für Absprache Unterlagen/Bürgeranfragen und dann (leider wegen Kopfschmerzen) eine Videokonferenz Frauen Union Bayreuth abgesagt, schnell heim essen und ins Bett!



von links: Andreas Roßkopf, Alexander Throm, Dr. Silke Launert, Sven Hüber, Michael Brand

Konstruktiver Austausch zwischen den Spitzen der **Gewerkschaft der Polizei** Andreas Roßkopf und Sven Hüber und dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Innen der Union, Alexander Throm, der Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert und dem Bundestagsabgeordneten Michael Brand.



Mitte Februar stand ein Treffen mit dem **Ungarischen Botschafter** an. Klare Haltung von Silke Launert: „Die EU wird keinen Erfolg haben, wenn sich osteuropäische Länder nicht mitgenommen fühlen! Daher ist der stete Dialog so wichtig!“



Um sich in den Haushalt Einzelplan 11 Arbeit und Soziales einzuarbeiten, traf Silke Launert außerdem **Peter Weiß**, den Bundeswahlbeauftragten für die Sozialversicherungswahlen und langjährigen Sozialpolitiker der Union.

In allen **Arbeitsgruppen sowie soziologischen Gruppen des Parlaments** geht es zurzeit vor allem um Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg. Mitte März bei der **Vertriebenengruppe** waren etwa Vertreter der Deutschen in der Ukraine und Vertreter von Russlanddeutschen zu Gast.



Bei der **Gruppe der Frauen** referierte zudem Tim B. Peters, Leiter des Auslandsbüros Ukraine (Kiew) der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V..

Für den Herbst gerüstet – Union fordert Impfvorsorgegesetz



Berlin. Ob es eine Impfpflicht geben soll und falls ja, für wen, wird derzeit heiß diskutiert. Die Bundesregierung unter Kanzler Olaf Scholz hatte zu Beginn des Jahres mitgeteilt, dass sie keinen eigenen Entwurf vorlegen wolle. Für diese Ankündigung erntete sie reichlich Kritik vonseiten der Union. Die Regierung stehe sich aus der Verantwortung, so die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In einer so wichtigen Frage könne und dürfe man als Regierung nicht einfach in Deckung gehen. Letztlich sei dieses Vorgehen als ein rein taktisches zu werten, mit welchem die Regierung verschleiern wolle, dass sie keine eigene Mehrheit in dieser Frage habe. Gemeint ist, dass sich eine erhebliche Anzahl an FDP-Abgeordneten bereits öffentlich gegen eine Impfpflicht ausgesprochen hatte. Statt eines Gesetzesvorschlages vonseiten der Bundesregierung wurden nun in erster Lesung sogenannte überfraktionelle Gruppenanträge sowie ein Antrag der Unionsfraktion und ein Antrag der AfD debattiert. Eine der überfraktionellen Gruppen fordert eine allgemeine Impfpflicht ab 18, eine weitere spricht sich für eine Beratungspflicht und eine mögliche Impfpflicht ab 50 aus. Eine dritte lehnt eine Impfpflicht generell ab. Zum Hintergrund: Das Instrument der Gruppenanträge wird im Parlamentsbetrieb dann genutzt, wenn es um „Gewissensentscheidungen“ geht. In der Vergangenheit war dies etwa bei der Frage nach dem Verbot der gewerbsmäßigen Sterbehilfe sowie der Organspende der Fall. Das Argument, es handele sich auch in diesem Fall um eine Gewissensfrage, lässt die Union jedoch nicht gelten. Auch bei der Einführung anderer Impfpflichten, wie etwa der Masernimpfpflicht für Kinder, hätte niemand, auch nicht die Ampel-Parteien, eine Gewissensentscheidung ins Spiel gebracht.

Sichtlich unzufrieden mit dem Agieren der Bundesregierung hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits Mitte Februar einen Vorschlag für ein „Impfvorsorgegesetz“ vorgelegt und diesen in der Plenardebatte Mitte März abermals vorgestellt. Sie fordert darin eine flexible und zugleich vorausschauende Antwort für die weitere Bewältigung der Corona-Krise. Zwar würde zur kurzfristigen Eindämmung der Omikron-Welle selbst eine sofort einsetzende Impfpflicht nicht helfen. Allerdings lasse die bisherige Pandemieerfahrung erwarten, dass zum Herbst wieder mit hohen Fallzahlen und gegebenenfalls neuerlichen Virusvarianten gerechnet werden müsse. Die Fraktion fordert daher in ihrem Antrag einen sogenannten „Dreiklang“ im Hinblick auf das weitere Vorgehen. Eine Impfpflicht enthält der Vorschlag der Union dabei nicht, jedoch wird die Möglichkeit eröffnet, im Falle des Vorliegens bestimmter Bedingungen - darunter insbesondere die konkret drohende Überlastung des Gesundheitssystems, das Vorliegen einer schweren gesundheitlichen Folgen auslösenden Virusvariante, das Vorhandensein eines wirksamen Impfstoffes - eine Impfpflicht durch gesonderten Beschluss des Bundestages und unter Zustimmung des Bundesrates zügig ins Leben rufen zu können.

Der Antrag der Union sieht dabei konkret Folgendes vor:

- > Einrichtung eines **Impfregisters** bei einer Stelle von hoher Fachkompetenz
- > Intensivierung der **Impfkampagne** und der Ausbau der **Impfinfrastruktur**
- > Eine neue vorausschauende gesetzliche Regelung, die mit einem **gestuften Impfmechanismus** Deutschland gut schützt.

In Bezug auf den gestuften Impfmechanismus führt die Fraktion aus:

- > „Die Kriterien für die Aktivierung des Impfmechanismus sind im Gesetz zu formulieren. Diese umfassen insbesondere die voraussichtliche Schwere einer Virusvariante, deren Übertragbarkeit, die Wirksamkeit des verfügbaren Impfstoffes, die Erforderlichkeit und den Umfang der Immunität in der Bevölkerung.“
- > „Sofern nach den vorhandenen Erkenntnissen eine Aktivierung des Impfmechanismus in Frage kommt, muss dieser in jedem Fall verhältnismäßig sein. Hierzu bedarf es einer lageangemessenen Einbeziehung gefährdeter Bevölkerungsgruppen oder auch dringend erforderlicher Berufsgruppen in den Impfmechanismus: Aus den vorgenannten Gründen kommen derzeit Altersgruppen (Personen der Altersgruppe ab 60 Jahren bzw. ab 50 Jahre), oder Berufsgruppen (Beschäftigte in Schulen, Kitas und sonstigen Einrichtungen gemäß § 35 IfSG), Beschäftigte in kritischen Infrastrukturen sowie Beschäftigte bei den Polizeien des Bundes und der Länder gestaffelt für den Impfmechanismus in Betracht. Sollten die Entwicklung der Pandemie Veränderungen erfordern, sind diese Stufen entsprechend anzupassen.“
- > **Beschluss des Deutschen Bundestages zur Aktivierung des Impfmechanismus:** „Der Deutsche Bundestag erhält, vergleichbar dem Mechanismus zur Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite (...), die Möglichkeit, bei Vorliegen konkreter Voraussetzungen die Aktivierung des Impfmechanismus zu beschließen. Dieser Beschluss bedarf der Zustimmung des Bundesrates. Im Beschluss muss enthalten sein, in welchem Umfang und insbesondere auf welcher Stufe und zu welchem Zeitpunkt der Impfmechanismus greift. Zusätzlich ist er zeitlich zu befristen und im Bundesgesetzblatt bekannt zu machen.“

Friedrich Merz ist neuer Fraktionsvorsitzender der Union



Berlin. Das Ergebnis ist mehr als eindeutig: Mit 89,5 Prozent haben die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Er sei dankbar und fühle sich persönlich geehrt, die Führung dieser Fraktion übernehmen zu dürfen, so der neue Vorsitzende in seiner Antrittsrede. „Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist das gemeinsame Kraftzentrum von CDU und CSU“, führte Merz weiter aus. Klare Worte fand Merz auch in Bezug auf die anstehenden Aufgaben als größte Oppositionsfraktion: „Wir sind jetzt Opposition. Und wir müssen jetzt aus dieser Position klar und deutlich Politik einheitlich und einvernehmlich formulieren.“ Der Anspruch an die Oppositionsarbeit bedeute auch, Alternativen zu entwickeln - insbesondere zu den großen Themen unserer Zeit.

„Die Wahl von Friedrich Merz zum Fraktionsvorsitzenden ist ein starkes Signal für einen gemeinsamen Aufbruch“, gratuliert der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe Alexander Dobrindt. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete gratuliert Merz zu seinem starken Ergebnis und führt aus:

„Es liegen nun große Herausforderungen vor Dir als neuer Vorsitzender, aber auch vor uns als Union insgesamt. Entscheidend ist nun vor allem, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen, wofür wir stehen und inwiefern wir uns von den anderen Parteien unterscheiden. Dabei werden wir nur dann stark sein und die Bürgerinnen und Bürger von uns überzeugen können, wenn die beiden Schwesterparteien CDU und CSU fest zusammenstehen. Ich habe jedoch keine Zweifel daran, dass uns das auch künftig gelingen wird und freue mich sehr auf eine konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit!“

Silke Launert einstimmig zur Vorsitzenden des Unterausschusses zu Fragen der Europäischen Union gewählt



Berlin. Die Freude ist groß: Einstimmig hat der Haushaltsausschuss im Deutschen Bundestag Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert zur Vorsitzenden des Unterausschusses zu Fragen der Europäischen Union gewählt.

„Ich freue mich sehr, die CSU in dieser Legislaturperiode nun nicht nur im Haushalts- und Innenausschuss zu vertreten, sondern auch als Vorsitzende des Unterausschusses zu Fragen der Europäischen Union wirken zu dürfen. Ich bedanke mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss für das große Vertrauen und die einstimmige Wahl. Ich nehme diese neue und vielseitige Aufgabe mit Freude an“, freute sich die Bayreuther Abgeordnete.

Eine Schonfrist gab es für den Unterausschuss nicht. Gleich in den ersten Sitzungen standen wichtige Themenkomplexe auf der Agenda. So ging es unter anderem um die derzeit stattfindenden Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen der EU, um den Stabilitäts- und Wachstumspakt, welcher derzeit neu verhandelt wird, sowie um die Lage der Rechtsstaatlichkeit in der EU. Ausführlich eingegangen wurde ferner auf den Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen auf die Finanzen der Europäischen Union.

Zum Unterausschuss: Die Ausschussmitglieder führen die Vorberatung der dem Haushaltsausschuss überwiesenen Europa-Vorlagen der Gemeinschaftsorgane (Rat, Europaparlament und Kommission) durch. Zur Arbeit des Unterausschusses gehören auch Treffen mit Mitgliedern des Europäischen Rechnungshofes, Abgeordneten des Europäischen Parlaments und den EU-Kommissaren.

Launert zum Vorstandsmitglied des Parlamentskreises Mittelstand gewählt



Mitglieder der CSU im PKM-Vorstand:

Sebastian Brehm (Stellvertretender Vorsitzender)
 Dr. Silke Launert
 Dr. Andreas Lenz
 Andrea Lindholz
 Stephan Mayer
 Florian Oßner
 Alexander Radwan
 Alois Rainer
 Dr. Peter Ramsauer
 Albrecht Rupprecht (Kassenprüfer)

Berlin. Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert ist zum Mitglied des Vorstandes des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt worden. „Ich freue mich sehr darüber, dass ich mich jetzt als Mitglied des Vorstandes einbringen kann. Die Herausforderungen für unsere mittelständischen Betriebe sind enorm. Sei es die weitere Bewältigung der Folgen der Corona-Krise, der Fachkräftemangel, die steigenden Energiekosten oder auch die Energiewende. Wir vom Parlamentskreis Mittelstand wollen uns auch in Zukunft dafür stark machen, dass die Rahmenbedingungen für die Betriebe bestmöglich ausgestaltet werden und den vielen mit Herzblut engagierten Unternehmerinnen und Unternehmern in unserem Land keine unnötigen Hürden in den Weg gelegt werden. So haben wir uns etwa gerade erst erfolgreich dafür eingesetzt, dass die von Bundesarbeitsminister Heil geplante Einführung einer digitalen Zeiterfassung bei Minijobs nicht realisiert wird. Damit hätte die Bundesregierung ein riesiges Bürokratiemonster geschaffen, das viele Betriebe davon abgehalten hätte, entsprechende Stellen bereitzustellen. Dieses Beispiel zeigt: Die Aufgaben werden dem Parlamentskreis in den kommenden Jahren nicht ausgehen!“

Zum Hintergrund: Der Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter dem Vorsitz des Bundestagsabgeordneten Christian Freiherr von Stetten orientiert sich an den Zielen der sozialen Marktwirtschaft Ludwig Ehrhards und stellt kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in den Fokus seiner inhaltlichen Arbeit.

Ampel-Koalition schiebt 60 Milliarden Euro an der Schuldenbremse vorbei



Berlin. Nun ist es beschlossene Sache: Die Ampel-Koalition verschiebt Kreditermächtigungen in Höhe von 60 Milliarden Euro, welche im vergangenen Jahr angesichts der Corona-Notlage genehmigt, jedoch nicht benötigt wurden, in den „Energie- und Klimafonds“. Die Bundestagsabgeordneten von CDU und CSU sehen hierin einen Verstoß gegen die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse und ziehen wie angekündigt vor das Bundesverfassungsgericht. Die Ampel ersetze Finanzpolitik durch Finanzakrobatik und verlasse mit dem verfassungswidrigen Nachtragshaushalt den Kurs finanzpolitischer Stabilität, heißt es vonseiten der CSU Landesgruppe.

Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert, welche für die Christsozialen im Haushaltsausschuss sitzt, kritisiert den Nachtragshaushalt scharf: „Es ist wirklich unglaublich, was für eine Kehrtwende Christian Lindner innerhalb weniger Monate hingelegt hat.“

Noch vor wenigen Wochen habe er sich, so die Abgeordnete weiter, für eine solide Finanzpolitik ausgesprochen und die Große Koalition für ihren Nachtragshaushalt kritisiert. „Und nun, erst seit wenigen Monaten im Amt, sollen 60 Milliarden Euro einfach in einen Nebenhaushalt verschoben werden, um zu verdecken, dass es an einer Gegenfinanzierung der Versprechungen der Ampel-Koalition fehlt. Das ist kein politisch verantwortungsvolles Handeln und das absolute Gegenteil einer soliden Haushalts- und Finanzpolitik!“ Die Mittel seien allein für die Bekämpfung der Folgen der Pandemie bestimmt, betont die Abgeordnete und verweist auf das Grundgesetz: „Die Verfassung gibt uns an dieser Stelle eine ganz klare Richtung vor! Diese von der Ampel-Koalition auf den Weg gebrachte Umgehung der Schuldenbremse zerstört nachhaltig das Vertrauen der Menschen in einen finanziell vernünftig und den nachfolgenden Generationen gegenüber verantwortungsbewusst handelnden Staat!“

Abschaffung des Soli – Bundesfinanzminister Lindner vollzieht 180 Grad-Drehung

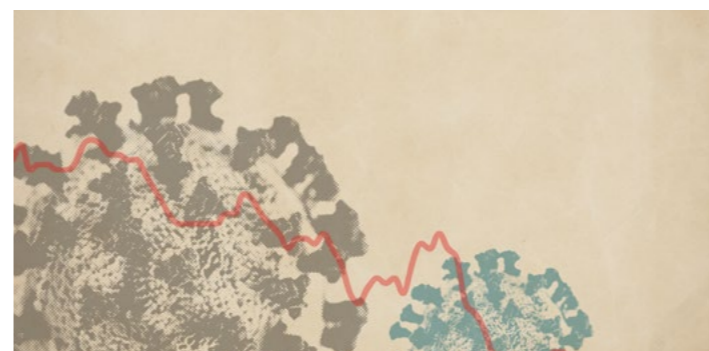


Berlin. Nicht nur in Sachen Nachtragshaushalt, sondern jetzt auch noch in Bezug auf den Soli – Bundesfinanzminister Christian Lindner hat bereits zum wiederholten Male in der erst seit wenigen Monaten bestehenden Ampel-Koalition eine 180 Grad-Drehung vollzogen. So teilt Lindner nunmehr die Einschätzung seines SPD-Vorgängers und hält die nicht vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlages für verfassungsgemäß. Wohl gemerkt: Als Privatperson hielt Lindner die nur teilweise Abschaffung für verfassungswidrig und hat deshalb eine Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Eine Vorsorge für den Fall eines stattgebenden Urteils hat die Bundesregierung bislang nicht getroffen.

Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert, die seit der 20. Legislaturperiode ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss ist, macht ihrem Ärger Luft:

„Wieder mal ein Fall, wo man den Aussagen Lindners als (Privat)Person nicht glauben kann, weil er das dann als Minister anders sieht! Ich bin einfach nur noch sprachlos. Wenn man schon umfällt, um mit Rot-Grün regieren zu können – was ich ja noch irgendwie nachvollziehen kann – sollte man dies dann wenigstens zugeben und nicht plötzlich als Minister der Meinung des SPD-Vorgängers sein!“

Jahreswirtschaftsbericht: Wirtschaftliche Entwicklung weiterhin von den Auswirkungen der Pandemie geprägt



Berlin. „Die Weltwirtschaft erholt sich zunehmend von der Corona-Krise, ihre Auswirkungen prägen jedoch weiterhin die wirtschaftliche Entwicklung.“ Mit diesen Worten beschreibt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem vor Ausbruch der Ukraine-Krise veröffentlichten Jahresgutachten die aktuelle wirtschaftliche Situation in Deutschland. Es sei davon auszugehen, dass das Bruttoinlandsprodukt das Vorkrisenniveau aus dem vierten Quartal 2019 im Verlauf des ersten Quartals wieder erreiche, so die Experten. Ferner dürfe mit einem Anstieg der Wirtschaftsleistung um 2,7 Prozent im Jahr 2021 und um 4,6 Prozent im Jahr 2022 gerechnet werden. Sorgen machen dem Sachverständigenrat die hohen Inflationsraten.

So erwarte man in Deutschland eine Inflationsrate von 3,1 Prozent für das Jahr 2021 und von 2,6 Prozent für das Jahr 2022. Länger anhaltende angebotsseitige Engpässe, höhere Lohnabschlüsse und steigende Energiepreise würden außerdem das Risiko bergen, dass eigentlich vorübergehende Preistreiber zu dauerhaft höheren Inflationsraten führen könnten. Auch die Bundesregierung verweist in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 2022 auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie. Man habe eine robuste Wirtschaft und einen stabilen Arbeitsmarkt vor sich, so Bundeswirtschaftsminister Habeck. Allerdings sei die Pandemie der Grund, warum sich das Wachstum zunächst gebremst entwickeln werde. Die Wachstumsprognose des Bruttoinlandsproduktes liege bei 3,6 Prozent, erläuterte Habeck.

Nicht enthalten sind in den Einschätzungen indes die Auswirkungen der Ukraine-Krise, da beide Berichte vor Ausbruch des Krieges angefertigt wurden. Welche finanziellen Folgen die Krise und die gegen Russland verhängten Sanktionen haben, ist zurzeit noch nicht absehbar. „Es ist davon auszugehen, dass sich der Krieg in der Ukraine erheblich auf unsere wirtschaftliche Situation auswirken wird. Die Sanktionen gegen Russland, die Aufnahme der vor dem Krieg geflüchteten Menschen aus der Ukraine und die notwendigen Investitionen in die äußere Verteidigung – all das wird sich finanziell niederschlagen“, lautet die Einschätzung der Bayreuther Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert, welche als ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages sitzt.

Bundesregierung stoppt die KfW-Programme für den Bau energieeffizienter Gebäude: Schock für die Immobilienwirtschaft



Berlin/Bayreuth. Die Immobilienwirtschaft steht unter Schock. Von einem auf den anderen Tag hat die neue Bundesregierung alle KfW-Förderungen für energieeffizientes Bauen gestoppt. Die Kritik an dem Vorgehen folgte prompt. CDU und CSU griffen die Ampel-Koalition scharf an und auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert fand deutliche Worte: „**Kann man tatsächlich von heute auf morgen dieses so wichtige Programm stoppen? Das ist ein großer Vertrauensbruch für alle Wählerinnen und Wähler und eine Katastrophe für alle Bauherren.**“ Für viele junge Familien sei mit dem Förderstopp der Plan vom sauberen Eigenheim von einem Tag auf den anderen geplatzt. Klimaefizientes Bauen rücke nun für viele Bauherren aufgrund der gestiegenen Baukosten in weite Ferne, so Launert weiter. Dieses Vorgehen, das ausgerechnet vom grünen Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz vorangetrieben worden sei, lasse einen Vorgeschmack auf die Klimapolitik der neuen Bundesregierung erkennen. „**Jetzt sollen die Bürgerinnen und Bürger selbst für den Klimawandel bezahlen! Bauvorschriften werden so geändert, dass es Förderprogramme nicht mehr braucht. Damit werden aus Anreizen ganz schnell Verbote und Vorschriften.**“

Auch vonseiten der damaligen Bayerischen Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr, Kerstin Schreyer, kommt deutliche Kritik. Für viele Bauherren sei die bisherige Förderung des Bundes eine wesentliche Grundlage ihrer Projektfinanzierung. Deshalb müsse davon ausgegangen werden, dass die Zahl der neuen Wohnbauprojekte in diesem und nächstem Jahr spürbar zurückgehen werden. Viele Investoren würden nun erst einmal abwarten. Laut des Verbandes der Bayerischen Wohnungsunternehmen verzögert der Programmstopp den Bau und die energetische Sanierung von bis zu 10.000 dringend benötigten Wohnungen.

Nach gut einer Woche ruderte die Ampel-Koalition dann doch noch ein Stück weit zurück. Zumindest alle Anträge, die in dem Programm „Effizienzhaus 55“ bis 24. Januar gestellt worden sind, werden nun also doch bearbeitet. Ein Anfang, welcher der Union und auch der Bundestagsabgeordneten Silke Launert allerdings nicht weit genug geht. „Die Bauherren brauchen Verlässlichkeit und eine langfristige Sicherung der Finanzierung. Die Förderung von Gebäudesanierungen muss neu aufgestellt werden. Ein so abrupter Stopp ist keine Art und hat die gesamte Immobilienwirtschaft verunsichert und vor den Kopf gestoßen. **Es muss dringend eine verlässliche Lösung gefunden werden, wie energieeffizientes Bauen auch in Zukunft gefördert werden kann, sodass es für alle Häuslebauer finanzierbar bleibt.**“

Die (abgeänderte) Entscheidung der Bundesregierung kurz zusammengefasst:

- > Anträge, die bis zum 24. Januar gestellt worden sind, werden bearbeitet
- > Endgültig eingestellt wird die Neubauförderung Effizienzhaus/Effizienzgebäude 55 im Neubau (EH/EG55)
- > Fortgeführt wird die Förderung Effizienzhaus/Effizienzgebäude 40 im Neubau (EH/EG40)
- > Die Förderung für die energetische Gebäudesanierung soll schnell wieder aufgenommen werden, sobald die entsprechenden Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden

Ampel plant Streichung des Werbeverbots für Abtreibungen



Berlin. Die Ampel-Koalition will das Werbeverbot für Abtreibungen abschaffen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat das Bundeskabinett im März verabschiedet. Überraschend kommt dieses Vorhaben nicht – hatten Grüne und FDP sich in der letzten Legislaturperiode doch schon vehement für eine Streichung des § 219a StGB ausgesprochen. Auch die SPD hatte in der Vergangenheit entsprechende Signale gesendet. Die Union erteilt dem Ampel-Vorschlag hingegen eine klare Absage. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert stellt sich gegen die Pläne von SPD, Grünen und FDP:

„**Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode einen guten Kompromiss gefunden, welcher dem Recht auf Leben des ungeborenen Kindes und zugleich dem Informationsinteresse der werdenden Mutter gerecht wird.**“ Ärztinnen und Ärzte dürften auf ihrer Homepage darauf hinweisen, dass sie Abtreibungen durchführen, so Launert. Es stehe ihnen zudem die Möglichkeit offen, die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zu verlinken, welche umfassende und sachlich aufbereitete Informationen bereithalte. Des Weiteren stelle die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung eine bei der Bundesärztekammer geführte Liste mit Ärzten, welche Abtreibungen vornehmen, zur Verfügung. Das Fazit der Abgeordneten fällt dementsprechend eindeutig aus:

„**Es gibt also bereits ausreichend Informationsmöglichkeiten – nicht zuletzt die Aufklärungspflicht der Ärzte.**“

Sollten dennoch Informationsdefizite in einzelnen Fällen vorhanden sein, so lasse sich diese Problematik unter Beibehaltung des Grundkonzeptes der bestehenden Regelungen auflösen.

Darüber hinaus verweist die ehemalige Richterin und Staatsanwältin auf die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Dieses habe unmissverständlich festgestellt, dass Menschenwürde auch dem ungeborenen menschlichen Leben zukomme. Das Recht auf Leben des ungeborenen Kindes stehe demnach dem Recht auf Selbstbestimmung der Mutter gegenüber. Das Ungeborene könne seine Rechte indes nicht selbst wahrnehmen, weshalb der Staat im Rahmen seines Schutzauftrages diese Aufgabe übernehmen müsse. Dies geschehe im Wege der Beratungslösung durch die Maßgabe, dass vor einem Schwangerschaftsabbruch eine Schwangerschaftskonfliktberatung mit anschließender dreitägiger Wartefrist stattzufinden habe. Voraussetzung für eine verfassungsrechtlich zulässige Schwangerschaftskonfliktberatung sei nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, dass sie auf den Schutz des Kindes ausgerichtet und neutral ausgestaltet ist. Sie hat sich von dem Bemühen leiten zu lassen, die Frau zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu ermutigen und ihr Perspektiven für ein Leben mit dem Kind zu eröffnen. „An all diese Vorgaben hat der Gesetzgeber sich zu halten“, stellt Launert klar und fügt zudem abschließend an: „Die öffentliche Darstellung der Debatte und Problempunkt ist in vielen Punkten ungenau. Oftmals wird nicht herausgestellt, dass das Bundesverfassungsgericht vom Gesetzgeber ein umfassendes Schutzkonzept für das ungeborene Leben verlangt und zudem bereits gesetzliche Aufklärungspflichten bestehen.“

Bundestag gedenkt den Opfern des Holocaust



© Deutscher Bundestag / Tobias Koch

© Deutscher Bundestag / Felix Zahn / photothek

Berlin. Der Deutsche Bundestag hat anlässlich der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz vor 77 Jahren am 27. Januar 1945 in einer Gedenkstunde den Opfern des Holocaust gedacht. Anwesend waren neben den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, dem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und dem Bundeskanzler Olaf Scholz die Holocaust-Überlebende Inge Auerbacher und Israels Parlamentspräsident Mickey Levy. Auerbacher, die als Siebenjährige von Stuttgart aus zusammen mit ihren Eltern ins Konzentrationslager Theresienstadt deportiert wurde, appellierte an die Anwesenden, die Erinnerung wachzuhalten und den neu aufkeimenden Judenhass entschieden zu bekämpfen: „Leider ist dieser Krebs wieder erwacht und Judenhass ist in vielen Ländern der Welt, auch wieder alltäglich.“ Diese Krankheit, so Auerbacher, müsse so schnell wie möglich geheilt werden. Zwanzig ihrer Familienmitglieder seien während des Holocaust von den Natio-

nalsozialisten ermordet worden. Sie selbst habe noch Jahre nach der Befreiung unter schweren Folgewirkungen einer Tuberkuloseerkrankung, welche sie sich im Lager geholt hätte, gelitten. Trotz dieser grausamen Erfahrungen hat Auerbacher, die seit 75 Jahren in New York lebt, ihren Lebensmut nicht verloren und engagiert sich im Kampf gegen Antisemitismus: „Mein innigster Wunsch ist die Versöhnung aller Menschen.“ Die Vergangenheit dürfe nie vergessen werden, so die 87-Jährige.

Der Israelische Parlamentspräsident Levy verwies in seiner Rede darauf, dass es Israel und Deutschland gelungen sei, sich aus dem historischen nationalen Trauma zu erheben und mit Mut und Entschlossenheit etwas Neues zu schaffen. Zudem danke Levy der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel, welche sich unermüdlich für die Beziehungen zwischen den beiden Ländern eingesetzt habe. Darüber hinaus

erinnerte der israelische Parlamentspräsident an die seelischen Verletzungen, die auch heute im Leben der Überlebenden noch präsent seien. So trügen viele von ihnen noch Wunden, die nicht verheilt seien und für die es keine Heilung gebe. Levy unterstrich in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Erinnerungskultur. Das Wahren der Erinnerung an den Holocaust sei eine schwere Aufgabe, die jede Generation aufs Neue auf sich nehmen müsse, sagte Levy und betonte: „Die ewig schlimme Warnung des Holocaust der europäischen Juden laute „Nie wieder“.“

80 Jahre Wannseekonferenz – Gedenken an die Opfer des Holocaust

Berlin. Vor 80 Jahren, am 20. Januar 1942, planten Vertreter der nationalsozialistischen Regierung auf der Wannseekonferenz in Berlin die Details des begonnenen Holocaust, um Millionen Juden in Europa systematisch zu vernichten. Anlässlich dieses Gedenktages appelliert die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert:

„Die schrecklichen Verbrechen von damals dürfen sich niemals wiederholen! Wir müssen uns ständig vor Augen führen, wie schrecklich die Ereignisse von damals waren und uns - auch wenn es erschreckend ist, wozu Menschen fähig sind, - immer bewusst machen, dass so etwas passieren kann! Wir müssen auch 80 Jahre später Rassismus, Antisemitismus, Hass und Hetze jeglicher Art entschieden entgegentreten und für unsere Demokratie kämpfen!“

Bundesinnenministerin stellt Maßnahmenplan gegen Rechtsextremismus vor

Berlin. Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat Mitte März einen Maßnahmenplan mit Vorhaben gegen Rechtsextremismus vorgestellt. Inhaltliche Schwerpunkte legt die Ampel-Koalition auf die Austrocknung der Finanzaktivitäten rechtsextremer Gruppierungen und Netzwerke, der Bekämpfung von Hass und Hetze im Internet sowie dem Ausbau der politischen Bildung. Geplant ist zudem eine Änderung des Bundesdisziplinargesetzes, um Rechtsextremisten schneller als bislang aus dem öffentlichen Dienst entlassen zu können. Des Weiteren soll eine „Allianz zum Schutz kommunaler Mandatsträger“ Vorschläge für einen verbesserten Schutz von Betroffenen, die Anfeindungen und Angriffen ausgesetzt sind, erarbeiten.

„Die Tatsache, dass die Bundesinnenministerin den von der Vorgängerregierung eingeschlagenen und insbesondere von Horst Seehofer bereiteten Weg weitergehen möchte, ist zu begrüßen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist leider noch nicht ausgekämpft. Es braucht daher auch in Zukunft ein entschiedenes Vorgehen unseres Rechtsstaat“, so die ehemalige Staatsanwältin und Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert.

Zum Hintergrund: Als Reaktion auf die furchtbaren Taten von Halle wurde in der vergangenen Legislaturperiode das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und Hasskriminalität auf den Weg gebracht, wonach Anbieter großer Netzwerke, wie etwa Facebook, dazu verpflichtet wurden, Morddrohungen, volksverhetzende Äußerungen und andere strafbare Inhalte an eine eigens eingerichtete Stelle des Bundeskriminalamtes zu melden. Zudem wurde das Strafgesetzbuch dahingehend geändert, dass antisemitische Motive grundsätzlich strafschärfend wirken. Im Herbst 2020 hat die unionsgeführte Bundesregierung überdies einen 89-Punkte-Plan gegen Rechtsextremismus vorgestellt. Auf dessen Grundlage wurde unter anderem ein neuer Straftatbestand eingeführt, wonach die Veröffentlichung und Verbreitung sogenannter Feindeslisten, mit denen Menschen bedroht werden, unter Strafe gestellt wurde.

Launert gehen die Maßnahmen der neuen Bundesregierung allerdings nicht weit genug. So sei es zwar grundsätzlich richtig, in die verstärkte Aufklärung von Finanzaktivitäten der rechtsextremen Szene zu investieren. Allerdings verhalte sich die Bundesregierung nicht stringent: „Anstatt die Behörden mit entsprechend mit Befugnissen auszurüsten, will die Ampel-Koalition zentrale Befugnisse für die Bundespolizei abschaffen, wie etwa Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung.“ Wer einerseits sage, er wolle den Rechtsextremismus effizient bekämpfen, auf der anderen Seite den Behörden diese zentralen Maßnahmen nehme, mache sich unglaubwürdig, hebt die Abgeordnete, die für die CSU im Innenausschuss sitzt, abschließend hervor.

Vorschlag der EU-Kommission zum EU-Lieferkettengesetz Union: Kleine und mittlere Unternehmen dürfen nicht unverhältnismäßig belastet werden!



Berlin/Brüssel. Die Europäische Kommission hat ihren Entwurf für ein europäisches Lieferkettengesetz vorgelegt. Dieser enthält im Vergleich zu dem im vergangenen Jahr beschlossenen deutschen Lieferkettengesetz erhebliche Verschärfungen. So sieht der Vorschlag etwa vor, dass EU-Unternehmen von dem Anwendungsbereich des Gesetzes erfasst werden, wenn sie weltweit einen Jahresumsatz von mehr als 150 Millionen Euro erwirtschaften und mehr als 500 Mitarbeiter haben. Strengere Regeln soll es für Unternehmen geben, die in Hochrisikosektoren angesiedelt sind. Diese sollen bereits dann erfasst werden, wenn sie mehr als 250 Angestellte und 40 Millionen Euro Umsatz vorweisen. Deutliche Kritik an dem Entwurf kommt aus der Wirtschaft und vonseiten der Union. Der Entwurf in seiner aktuellen Fassung belastet kleinere und mittlere Unternehmen unverhältnismäßig, so der Vorwurf. Zusätzlich zu den bereits ab 2024 vom deutschen Lieferkettengesetz erfassten 2.900 Betrieben müssten nunmehr potentiell bis zu 14.000 Unternehmen in Deutschland ihre Betroffenheit prüfen und Rechenschaft für ihre gesamte Wertschöpfungskette ablegen. Was für größere Betriebe machbar sei, stelle die kleineren vor massive bürokratische Herausforderungen und beeinträchtige ihre Wettbewerbsfähigkeit in erheblichem Maße, heißt es vonseiten der Union.

Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert kritisiert den vorgelegten Entwurf: „Unbestritten muss darauf geachtet werden, dass Sorgfaltspflichten zum Schutz von Menschenrechten und der Umwelt innerhalb der Lieferketten eingehalten werden. Allerdings geht der von der EU-Kommission vorgelegte Vorschlag zu weit. Unsere mittleren und kleineren Unternehmen können den von ihnen verlangten Aufwand nicht leisten. Die EU-Kommission bürdet ihnen eine Last auf, die im Ergebnis dazu führt, dass diese Betriebe auf Dauer im internationalen Wettbewerb nicht mehr konkurrenzfähig sind. Es besteht daher noch dringender Änderungsbedarf an dem Vorschlag der EU-Kommission.“

Linksrutsch in der Migrationspolitik – Bundesinnenministerin stellt Pläne für die kommenden Jahre vor

Berlin. Mitte Januar (vor Ausbruch des Ukraine-Krieges, Anm. d. Red.) hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) im Deutschen Bundestag die Pläne der Ampel-Koalition im Bereich der Innenpolitik vorgestellt. Schwerpunkte sieht die Ministerin vor allem in der Bekämpfung des Rechtsextremismus, der Bekämpfung organisierter Kriminalität und von Cyberkriminalität. In ihrer Rede betonte die Ministerin, dass Deutschland ein „besseres Integrationsland“ werden wolle. Hierfür brauche es die Ermöglichung legaler Fluchtwege. Die Ampel, so Faeser, stehe für ein **„neues Handeln in der Migrationspolitik“**.

Insbesondere für die geplante Neuausrichtung der Migrationspolitik erntete die Ministerin scharfe Kritik vonseiten der Union. Die Ampel wolle **den Spurwechsel einführen**, was Chaos verursache und dem Land schade, so etwa die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Andrea Lindholz. Auch der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Innen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alexander Throm, attackierte die Ministerin scharf. SPD, Grüne und FDP planten, mehr Anreize zu schaffen, nach Deutschland zu kommen und würden so den **Migrationsdruck verstärken**. Dies führe zu mehr sozialen Spannungen und weniger sozialer Gerechtigkeit. Deutschland, so Throm, brauche Fachkräfte aus dem Ausland. Eine **klare Grenzziehung zwischen Asyl und Fachkräftezuwanderung** sei indes unverzichtbar.

Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und ehemalige Staatsanwältin Dr. Silke Launert, welche die CSU um Innenausschuss vertritt, sieht in der Innenpolitik der Ampel-Koalition einen starken Linksrutsch, welcher die soziale Stabilität der Gesellschaft gefährdet: **„Klar ist: Wir stehen zu unserer humanitären Verantwortung. Wer in seinem Heimatland verfolgt wird, wer vor Krieg flieht, dem werden und wollen wir Schutz gewähren. Fakt ist aber auch: Wir müssen zwischen der humanitären Aufnahme und Arbeitsmigration klar trennen.** Deutschland ist bereits jetzt Hauptzielland für irreguläre Migration. Wenn wir nun noch mehr Pull-Effekte schaffen – und das ist, was die Pläne der Ampel vorsehen – dann droht uns eine Wiederholung der Situation wie im Jahr 2015. Unstrittig ist, dass wir Fachkräfte brauchen. Klar muss aber sein: Wenn wir den sozialen Frieden in unserem Land nicht aufs Spiel setzen und den rechten Rand stärken wollen, dann braucht es eine Migrationspolitik, die von den Prinzipien **Ordnung und Steuerung** bestimmt wird.“

Die Abgeordnete verweist zudem darauf, dass Deutschland weltweit im Jahr 2020 unter den Ländern mit den meisten aufgenommenen Flüchtlingen und Asylbewerbern auf Platz drei, hinter der Türkei und Kolumbien rangiere. Nach den aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sei in der Praxis nur ein Bruchteil der Rücküberstellungsverfahren durchsetzbar. So habe die Bundesrepu-

blik im vergangenen Jahr etwa 42.300 berechnete Rückübernahmeersuchen gestellt. Von diesen Verfahren wurden jedoch nur 18.400 akzeptiert und lediglich 2.700 Überstellungen tatsächlich vollzogen. Die Pläne der Ampel, so Launert weiter, sähen jedoch unter anderem vor, dass künftig auch Personen, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die geduldet seien ein Aufenthaltsrecht bekommen sollen. So sollen etwa Geduldete unter 27 Jahren nach drei Jahren ein Bleiberecht bekommen können. **„Die Duldung ist eine vorübergehende Aussetzung der Abschiebung von grundsätzlich ausreisepflichtigen Personen. Die geplante Neuregelung bedeutet im Ergebnis die Legalisierung des illegalen Aufenthalts trotz Ausreisepflicht. Mit diesem Ansatz legt die neue Bundesregierung den Boden für weitere Sozialeffekte und eine Überlastung unserer sozialen Sicherungssysteme.“** Darüber hinaus kritisiert die Abgeordnete, dass nach den Plänen der Ampel künftig auch eine vonseiten des Asylbewerbers abgegebene „Versicherung an Eides statt“ ausreichen soll. Auf eine derartige Versicherung zu vertrauen sei „blauäugig und lebensfremd“. Dem Einzelnen könne man in moralischer Hinsicht zwar aufgrund der persönlichen Lage nicht wirklich vorwerfen an dieser Stelle gegebenenfalls auch falsche Angaben zu machen, einem Staat, der auf die Richtigkeit dieser Angaben vertraue, aber schon, so die klaren Worte der Abgeordneten.



Frank-Walter Steinmeier als Bundespräsident wiedergewählt



Berlin. Was zuvor als sicher galt, ist nun auch offiziell: Frank-Walter Steinmeier bleibt Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. Mitte Januar wurde Steinmeier von der Bundesversammlung in seinem Amt bestätigt. Er erhielt 1.045 von 1.437 Stimmen. 737 Stimmen waren erforderlich, um gewählt zu werden. Steinmeier setzte sich damit sehr deutlich gegenüber seinen Mitbewerbern durch (Dr. Gerhard Trabert: 96 Stimmen, Prof. Dr. Max Otte: 140 Stimmen; Dr. Stefanie Gebauer: 58 Stimmen). Angesichts der Größe der Bundesversammlung und vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie wurde die Wahl dieses Mal nicht wie üblich im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes abgehalten, sondern in der Halle des Paul-Löbe-Hauses, wo sich die Ausschusssäle des Bundestages befinden. Nach der Wahl bedankte sich Steinmeier bei den Abgeordneten und Delegierten: „Ich danke für das Vertrauen derer, die mich gewählt haben. Und ich bitte um das Vertrauen derjenigen, die es nicht getan haben.“

Sehr deutliche Worte fand Steinmeier in Bezug auf den Russland-Ukraine-Konflikt und sagte in Richtung des russischen Präsidenten Wladimir Putin: „Lösen Sie die Schlinge um den Hals der Ukraine! Und suchen Sie einen Weg, der Frieden in Europa bewahrt!“. Steinmeier machte darüber hinaus klar, dass Deutschland fest an der Seite der Bündnispartner stehe: „Deshalb stehen wir an der Seite der Esten, der Letten und Litauer. Wir stehen gemeinsam mit Polen, Slowaken und Rumänen und allen Bündnispartnern. Sie können sich auf uns verlassen.“ Ferner führte Steinmeier aus, dass man zwar viel über die wachsende Entfremdung zwischen Russland und dem Westen diskutieren könne, nicht diskutieren hingegen könne man, dass wir „inmitten der Gefahr eines militärischen Konflikts, eines Krieges in Osteuropa“, seien. „Dafür trägt Russland die Verantwortung“, so die unmissverständlichen Worte des Bundespräsidenten.

Des Weiteren appellierte Steinmeier in seiner Rede an die Bürgerinnen und Bürger, sich nicht zurückzuziehen, sondern Verantwortung zu übernehmen. Dies sei die doppelte Natur der Demokratie. Sie sei Versprechung und Erwartung zugleich: „Demokratie ist eine Zumutung. Und Mut zu machen zu dieser Zumutung – das ist meine Aufgabe,“ so der aktuelle und künftige Bundespräsident.

Hintergrundwissen: Die Bundesversammlung ist ein nichtständiges Verfassungsorgan, das eigens zur Wahl des Bundespräsidenten zusammentritt. Sie setzt sich zusammen aus den Abgeordneten des Deutschen Bundestages und ebenso vielen Delegierten, welche von den Ländern für die Bundesversammlung entsandt werden.



CSU-Klausurtagung



Berlin. Unter dem Titel AUFBRUCH22 hat die CSU-Landesgruppe im Februar (vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine, Anm. d. Red.) ihre alljährliche Klausurtagung abgehalten. Wie bereits 2021 fand diese nicht wie in den Jahren vor der Pandemie im Kloster Seeon, sondern in Berlin statt. Unter strengen Hygieneregeln, darunter die Pflicht zur Vorlage eines negativen PCR-Testes, planten die CSU-Bundestagsabgeordneten die politische Ausrichtung für die kommenden Monate. Eingeladen hatte sich die Landesgruppe mehrere hochrangige Gäste, darunter den Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, den neuen CDU-Chef Friedrich Merz, den Vorsitzenden der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger, den Vorsitzenden der spanischen christdemokratischen Oppositionspartei Pablo Casado sowie den emeritierten Präsidenten des ifo Instituts Professor Hans-Werner Sinn. Gleich zu Beginn fand der Landesgruppenvorsitzende Alexander Dobrindt deutliche Worte im Hinblick auf die neue Bundesregierung: „Die Ampel glänzt durch Uneinigkeit, Untätigkeit, Unzuverlässigkeit.“ Das Land, so Dobrindt weiter, habe mehr verdient als einen „schweigenden Bundeskanzler.“ Auch der Bayerische Ministerpräsident sparte nicht an Kritik: „In diesen Zeiten müsste eine Bundesregierung eigentlich ein Gefühl von Sicherheit, von Verlässlichkeit und von Klarheit definieren. Alles ist nicht der Fall.“



Eindrückliche Worte richtete auch der emeritierte Präsident des ifo Instituts Professor Hans-Werner Sinn an die Abgeordneten und warnte vor den Gefahren der wachsenden Inflation. Auf die Europäische Zentralbank (EZB) müsse Druck gemacht werden, forderte Sinn. Die Aufgabe der EZB sei es nicht, finanzschwache Staaten zu finanzieren, sondern für Geldwertstabilität zu sorgen. Zu befürchten sei, dass die Inflation sich aufgrund der Lohn-Preis-Spirale weiter verfestige und insbesondere Sparer sowie Altersvorsorgende hart getroffen würden. Als Folgewirkungen dieser Entwicklung drohten Verwerfungen innerhalb der Gesellschaft, so Sinn. Neben der expansiven Geldpolitik der EZB nannte der ehemalige Präsident des ifo Instituts insbesondere die Lieferschwierigkeiten auf dem Weltmarkt, die Corona-Rettungsgelder, die immer stärker fortschreitende Flucht in Sachwerte sowie die Energiewende als zentrale Inflationstreiber.

Einen weiteren Impulsvortrag hielt zudem der Vorsitzende der spanischen christdemokratischen Oppositionspartei „Partido Popular“ Pablo Casado und ging dabei insbesondere auf die Themen Klimawandel und Migration ein. Die Bekämpfung des Klimawandels sei wichtig, so Casado. Allerdings müsse man auch stets einen realistischen Blick behalten. Man könne nicht aus sämtlichen fossilen Energieträgern innerhalb weniger Jahre aussteigen und verwies insoweit auf den weltweiten Wettbewerb, in welchem man konkurrenzfähig bleiben müsse. Damit die Preise nicht immer weiter anstiegen, müsse man schrittweise vorgehen, führte Casado weiter aus. In Bezug auf den Themenbereich Migration griff Casado die neue spanische Regierung scharf an. Diese sende völlig falsche Signale, kritisierte er. Ohne klare Regeln und Beschränkungen kämen am Ende alle, die sich ein besseres Leben erhofften. So sehr man dies auch menschlich verstehen könne, führe dieser Ansatz indes in die völlig falsche Richtung.



Zum aktuellen außenpolitischen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine äußerte sich Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz. Die Zurückhaltung der deutschen Bundesregierung in dieser Angelegenheit sei doch sehr verwunderlich, so Ischinger. Es müsse klar differenziert werden zwischen der Situation, in der Waffen in einen bestehenden Krieg geliefert würden und der Situation, dass Waffen zur Abschreckung zur Verfügung gestellt würden. Für die damalige rot-grüne Regierung unter Kanzler Schröder wäre es kein Thema gewesen, Waffen zur Abschreckung an die Ukraine zu liefern, so die Einschätzung Ischingers.

Klare Worte kamen auch vonseiten des neuen CDU-Chefs Friedrich Merz. Führung bedeute nicht, sich an kurzfristigen Stimmungen auszurichten, sondern über mehrere Generationen zu denken und dabei stets die Menschen mitzunehmen. Die Union müsse ihr soziales Profil schärfen, so Merz weiter. Dabei müsse man überzeugende Charaktere finden, welche die jeweiligen Themen nach außen hin glaubwürdig vertreten. Ein weiteres zentrales Thema, das angegangen werden müsse, sei die Rente. Hierfür brauche es ein langfristiges Konzept und nicht immer nur auf kurze Zeit ausgelegte Nachbesserungen. Der CDU-Chef hob darüber hinaus hervor, dass sich Leistung lohnen müsse. Arbeitnehmer sollten zudem wieder stärker am Gewinn der Unternehmen beteiligt werden. Merz warb ferner dafür, sich wieder verstärkt an der katholischen Soziallehre zu orientieren und in der politischen Debatte mehr klare Kante zu zeigen.



In welche Richtung es künftig für die Union gehen werde, betonten der Landesgruppenvorsitzende Dobrindt und der neue CSU-Chef Merz auf der zugehörigen gemeinsamen Pressekonferenz. CDU und CSU seien jetzt so geschlossen wie seit langer Zeit nicht mehr. „Wir haben ein gemeinsames Ziel, dass wir 2025 wieder regieren wollen. Diese Mission und dieses Ziel eint uns, schweißt und zusammen.“



Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert zeigte sich besonders begeistert von der Aufbruchsstimmung, die von der Klausurtagung ausging. „Wir senden ein klares Signal: Wir sind eine starke Opposition und ein Gegenwicht zu dem links-gelben Kurs der Ampel. Die Klausurtagung ist dabei eine tolle Möglichkeit, sich auch mal in Ruhe über wichtige Themen auszutauschen. Wir haben immer sehr interessante Gäste, um über die alltägliche Politik hinaus auch die großen Zusammenhänge zu sehen - gerade im Hinblick auf eine gemeinsame Marschroute in der EU war etwa das Gespräch mit Pablo Casado, Vorsitzender der Partido Popular Spaniens, bezüglich der Themen Energiewende und Migration sehr konstruktiv!“

Kita St. Nikolaus Ebermannstadt: Mut zur Entbürokratisierung



Ebermannstadt. Weniger Bürokratie, mehr Zeit in der Gruppe für die Kinder, mehr qualifiziertes Personal: Das sind die zentralen Wünsche und Forderungen, die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert von ihrem Besuch der Kindertagesstätte St. Nikolaus in Ebermannstadt mit nach Hause und natürlich mit nach Berlin nimmt.

Die Probleme des Fachkräfte- und Zeitmangels existieren schon lange, Corona hat sie aber noch einmal verschärft, sagte Launert bei dem Gespräch mit Kita-Leiterin Katrin Bogner, Jens Kuppert, Geschäftsführer von der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Kitas in Forchheim, und Heinrich Panzer, Kindergartenbeauftragter der Kirchenverwaltung in der Kita.

Insbesondere der Bürokratieabbau sei ein großes Thema, sagte Kuppert. Weniger Bürokratie könnte dem ohnehin schon knappen Personal mehr Zeit bei den Kindern ermöglichen. Um dies zu erreichen müsse auch die Digitalisierung in Kitas mehr gefördert werden. Leistungen wie der Leitungs- und Verwaltungsbonus für Kita-Leitungen seien gut gemeint und sollten nach Meinung von Kuppert und Bogner unbedingt fortgeführt werden. Allerdings ohne den bisher zu erledigenden Papierkram wie Konzepte schreiben. „Ich will als Leitung nicht nur im Büro sitzen, sondern in meiner Gruppe bei den Kindern sein“, sagte Bogner.

Launert begrüße den Bonus ebenfalls, da immer weniger die Verantwortung und Leitung übernehmen möchten, so die Bundestagsabgeordnete. „Wenn die Zeit aber fürs Konzepte schreiben weg geht, ist das wenig sinnvoll.“ Besonders auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels. Es werde dringend mehr qualifiziertes Personal benötigt. Dem stimmte Kuppert zu: Die Personalstärke sei zu niedrig bemessen. Derzeit liege der Betreuungsschlüssel bei 1:11. Er wünsche sich auch mehr Flexibilität bei der Einteilung der Gruppen.

Wie Kita-Leiterin Bogner ergänzte, werde der Personalmangel verschärft durch die verkürzte Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher von fünf auf vier Jahre. Dadurch verbringen die Auszubildenden viel Zeit in der Schule, aber nur wenig in den Einrichtungen. Dabei sei gerade der Praxisbezug extrem wichtig, so Bogner.

Erzieherinnen und Erzieher übernehmen einen verantwortungsvollen Job, der eine gute Ausbildung erfordert und mehr Wertschätzung erfahren sollte – nicht nur monetär – waren sich die Gesprächsteilnehmer einig. Nach dem Austausch über fachliche Themen und Herausforderungen bei der Kinderbetreuung führte die Leiterin die Bundestagsabgeordnete durch die Einrichtung. Bogner erläuterte, dass für die Kita, in der derzeit rund 80 Kinder betreut werden, eine Generalsanierung angestrebt werde.

Neuer Vorstand, neue Ziele: Bundestagsabgeordnete besucht Zentrum Bayreuth

Bayreuth. Kennenlernbesuch von Bundestagsabgeordneter Dr. Silke Launert beim neuen Vorstand des ZENTRUM's e.V. – nach einer Besichtigung des Hauses wurden die Ziele, Pläne und neuen Projekte besprochen, die sich der neue Vorsitzende Gert Dieter Meier und sein Vorstandsteam überlegt haben. Neben den altbewährten Veranstaltungen für Jung und Alt in Stadt- und Landkreis Bayreuth, wie Konzerte, Lesungen und Veranstaltungen von Vereinen sollen die jugendpolitischen Bildungsangebote auch in Zusammenarbeit mit Schulen, dem Bezirksjugendring und anderen Vereinen weiter ausgebaut werden. Ein großer und wichtiger Schwerpunkt bleibt weiter die Arbeit des Deutsch-Französischen Forums Junger Kunst mit seinen Projekten und Workshops, die über das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) mit finanziert wird. Das Vorstandsteam hofft, dass dieses Jahr wieder das wichtigste und größte

Projekt, die junge deutsch-französisch-ungarische Philharmonie stattfinden kann. Das Konzert in Bayreuth wäre am Samstag, 23.04.2022, in der Stadtkirche.

Auch das Zentrum ist durch die Corona-Pandemie stark betroffen. Bis Ende März sind die meisten Veranstaltungen schon abgesagt, manche Veranstaltungen werden seit Beginn der Pandemie immer wieder verschoben. Dies ist auch für das Team im Zentrum keine einfache Situation. Der Vorstand und der Geschäftsführer hoffen, dass das Zentrum bald wieder voll durchstarten kann. Es werden neue Veranstaltungen, wie ein Theaterworkshop für Jugendliche in Verbindung mit verschiedenen Theatern, geplant. Außerdem soll die Arbeit mit Schulen und Schülerzeitungen verstärkt werden, dazu finden in nächster Zeit verschiedene Gespräche statt.

Des Weiteren soll geprüft werden, ob die Möglichkeit besteht, eine Photovoltaikanlage auf dem Dach des Zentrums zu installieren, um einen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Wichtig für die verschiedenen Projekte sei an dieser Stelle auch die Schaffung von Fördertöpfen in diesem Bereich, so der Vorstand.

Silke Launert zeigte sich begeistert von der Arbeit im Zentrum und sagte: „Diese bedeutsame Arbeit, die neben dem hauptamtlichen Personal durch einen ehrenamtlichen Vorstand gesteuert wird, ist wichtig für die Stadt Bayreuth und den Landkreis. Vor allem der Ausbau der jugendpolitischen Arbeit und die Vernetzung mit weiteren Vereinen und den Schulen liegen mir sehr am Herzen. Ich hoffe wir finden eine Möglichkeit, diese Arbeit durch Förderungen zu unterstützen und zu stärken!“



Herzliche Glückwünsche an „CSU-Urgestein“ Franz Schmitt



Bayreuth. Kaum zu glauben, aber wahr: Franz Schmitt, ein wahres „CSU-Urgestein“, feierte Ende Januar seinen 90. Geburtstag. Hierzu gratulierten ihm nicht nur die Familie, Freunde und Bekannte, sondern auch viele seiner Parteikolleginnen und -kollegen. Unter den Gratulanten befand sich auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und CSU-Kreisvorsitzende Silke Launert:

„Immer interessiert, freiheitsliebend, aber auch verwurzelt in Ebermannstadt und den Vereinen. Ein Gastwirt durch und durch sowie ein stets kritischer Geist und unserer CSU seit über 70 Jahren (trotz der ein oder anderen Meinungsdivergenz) treu!“

Arbeitsmarkt Ostoberfranken: So viele offene Stellen wie nie – Helfer zu Fachkräften qualifizieren



Bayreuth/Hof. So viele offene Stellen wie noch nie, unbesetzte Lehrstellen, fehlende Fachkräfte: Zur Situation des Arbeitsmarktes tauschten sich Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, als Haushälterin für Arbeit und Soziales zuständig, und der Vorsitzende der Geschäftsführung der Bundesagentur für Arbeit Bayreuth-Hof, Sebastian Peine, aus. Peine gab einen spannenden Einblick in Arbeitslosenzahlen, die Entwicklung der Nachfrage nach Arbeitskräften sowie Kurzarbeit in Ostoberfranken.

Die Zahl der Arbeitslosen im Bereich der Agentur für Arbeit Bayreuth-Hof sinkt stetig. Im Februar 2022 waren knapp 10.000 gemeldet. Gleichzeitig seien rund 8.400 Stellen (Stand Februar 2022) unbesetzt. „Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist so hoch wie nie“, sagt Peine. Vor allem Fachkräfte fehlen, aber auch etliche Helferjobs bleiben unbesetzt – in allen Branchen und Bereichen. Gleiches gelte für Lehrstellen. Etwa 500 von rund 4000 gemeldeten Ausbildungsplätzen blieben im vergangenen Jahr unbesetzt.

Peine und Launert sprachen in diesem Zusammenhang auch über die Möglichkeiten, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. So sagte der Chef der Agentur: „Kein Jugendlicher darf verloren gehen.“ Dafür sei die Beratung und

Berufsorientierung essentiell. Zwar konnten aufgrund der Corona-Krise Ausbildungsmessen nicht stattfinden und auch persönliche Beratungsgespräche in der Agentur und in den Jobcentern waren nicht oder nur eingeschränkt möglich. Die Kommunikation habe dennoch gut funktioniert. Ob Online-Angebote, Telefonberatungen oder per Videokonferenz. Die Agentur und alle Mitarbeiter haben sich schnell auf die neue ungewohnte Situation eingestellt. Für die Qualifizierung von Beschäftigten und Arbeitslosen wünsche sich Peine von der Politik Ausnahmeregelungen für Flüchtlinge bei der Finanzierung von Umschulungen und Maßnahmen. Derzeit werden lediglich erwachsenengerecht verkürzte Umschulungen von der Agentur gefördert. Wegen Sprachhürden bräuchten viele erwachsene Flüchtlinge jedoch länger, um die Umschulung zu schaffen. Die Verkürzung sei in diesem Fall ein Problem. Um mehr Arbeitslose und Helfer für abschlussorientierten Maßnahmen zu motivieren, fehlten zudem die Anreize. Ein Helfer-Job sei finanziell lukrativer als eine Umschulung. Dennoch brauche der Arbeitsmarkt dringend mehr Fachkräfte. Als Lösung könne sich Peine einen Aufschlag von rund 400 Euro für das Absolvieren einer Weiterqualifikation vorstellen. „Um zu honorieren, wenn jemand in seine Zukunft investiert“, so der Agentur-Chef.

Eine weitere Möglichkeit, die Fachkräftepotentiale mehr auszuschöpfen: Die Erwerbsquote der Frauen steigern. Das sei schon gut gelungen, aber wie Launert sagte: „Viele Frauen arbeiten in Teilzeit. Es wäre jedoch von Vorteil, wenn mehr Frauen ihre tägliche Arbeitszeit zumindest von vier auf sechs Stunden erhöhen würden.“ Zudem müsse die Erwerbstätigkeit ausländischer Frauen ausgeweitet werden. Meist sind es die Männer, die arbeiten, während die Frauen zu Hause bleiben bei den Kindern. Hier wolle die Agentur schon früh auf die Frauen zu gehen und sie motivieren, so Peine. Rege genutzt werde das „Welcome-Center“ der Bundesagentur für Arbeit zur Unterstützung eingewanderter Fachkräfte.

Wichtig sei, dass die Agentur in Zukunft auch mehr Möglichkeiten hat, positive Anreize zu schaffen statt nur Sanktionen zu erteilen.

Krippenschauen in Franken: Tradition mit Liebe zum Detail



Gößweinstein. Das Krippenschauen ist ein alter Brauch zwischen den Jahren bzw. in vielen Kirchen auch bis Lichtmess (2.2.): Diese Tradition ließ sich auch Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert nicht entgehen und tourte zusammen mit ihrer FU-Freundin und Gästeführerin Birgit Haberberger nach einem leckeren „Stärkerfrühstück“ (statt des üblichen Stärkeantrinkens) in der Bäckerei Frosch mit Teilen des CSU Ortsverbandes Pottenstein von Krippe zu Krippe durch die Fränkische Schweiz. In Kirchenbirkig besuchte Launert außerdem die stille Anbetungsstunde. Die feierliche Abschlussprozession durch den Ort musste wegen Corona entfallen.

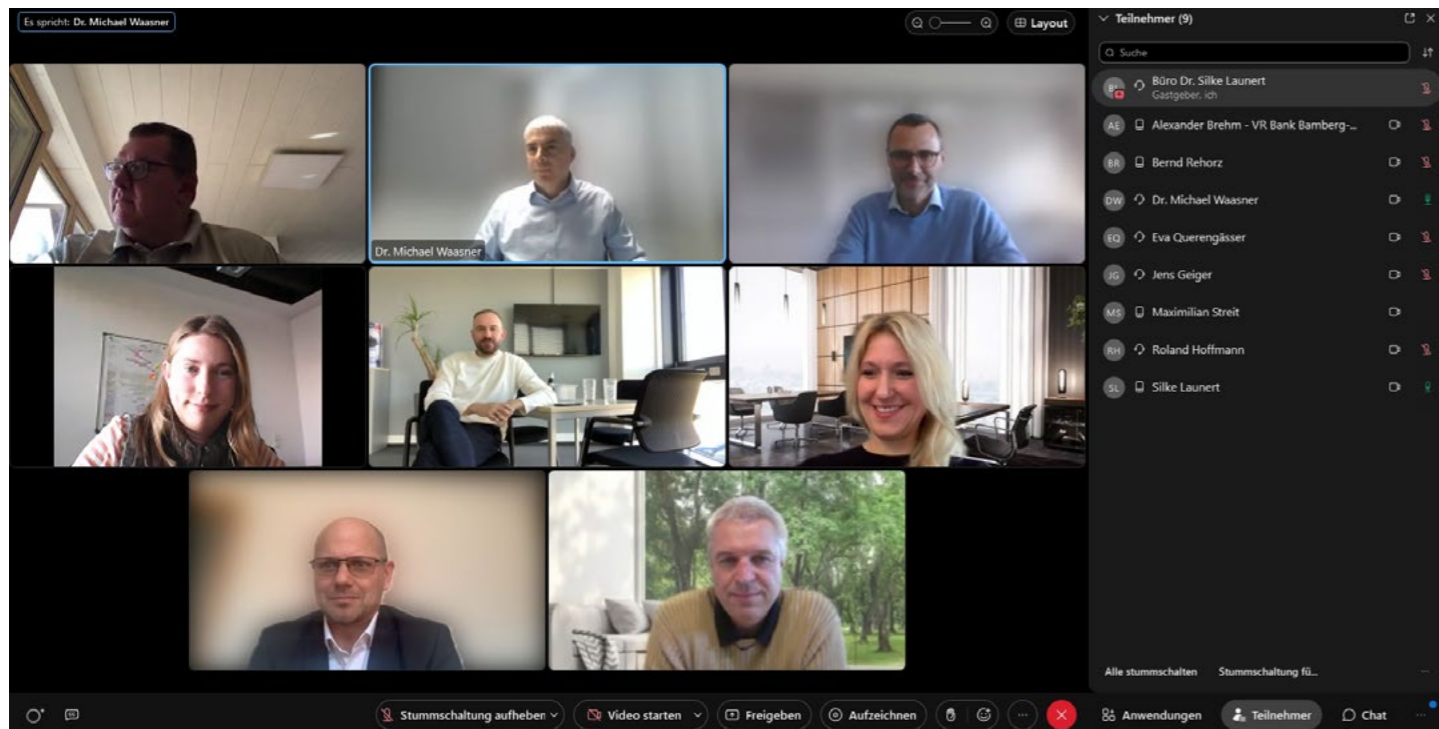
Launert war beeindruckt, wie viel Liebe zum Detail in den Krippen steckt. Sowohl der Krippenweg in Gößweinstein als auch die vielen kleinen und großen Kunstwerke in den Kirchen in der Region sorgten für Bewunderung. Leider reichte die Zeit nicht, alle Krippen anzusehen.

Für die Bundestagsabgeordnete führte ihre Krippentour daher nach Pottenstein, Kirchenbirkig, Elbersberg, Gößweinstein, Breitenlesau, Waischenfeld, Nankendorf und Oberailsfeld. In den meisten Kirchen waren Launert und Haberberger alleine - aber in der Gößweinsteiner Basilika und in der Waischenfelder Spitalkapelle sahen sie auch andere Krippenschauer, die

gegen eine kleine Geldspende die wunderschön beleuchteten Krippen bewunderten und den verschiedenen Weihnachtsliedern lauschten. Für das Bewundern der Krippe im Privaten erhält man traditionell vom Eigentümer bzw. Bauer der Krippe einen Schnaps oder Likör oder auch Plätzchen, Lebkuchen oder ein Stollenstück, verriet Haberberger, die als Gästeführerin mit der Tradition des Krippenschauens bestens vertraut ist.



Neues IHK-Gremium Forchheim: Austausch mit der Politik für gute Lösungen für die Wirtschaft



Bayreuth/Forchheim. Die Unternehmerinnen und Unternehmer im Raum Forchheim haben gewählt. Das neue IHK-Gremium Forchheim steht fest – mit bekannten und neuen Gesichtern. Zum Kennenlernen hat sich Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert in einer Videokonferenz virtuell mit dem Vorsitzenden Dr. Michael Waasner, Bernd Rehorz (Leiter Bereich Berufliche Bildung), Jens Geiger (Geiger Fertigungstechnologie), Maximilian Streit (Simon Hegele Gesellschaft für Logistik und Service), Alexander Brehm (Vorstand VR Bank Bamberg-Forchheim), Roland Hoffmann (Samenzucht Hans Hoffmann) und Eva Querengässer (IHK für Oberfranken Bayreuth) getroffen, um über die Auswirkungen der Corona-Krise und des Ukraine-Krieges auf die Wirtschaft zu sprechen und sich auszutauschen.

Als gut durchgemischt bezeichnete der Vorsitzende des IHK-Gremiums und Geschäftsführer der Firma Waasner in Forchheim das Gremium. Der Frauenanteil konnte erhöht werden. Dies freute auch die Bundestagsabgeordnete besonders, wenngleich sich keine Frau für einen Vorstandsposten habe überzeugen lassen, bedauerte der Vorsitzende. Gut durchgemischt sei das Gremium auch in Bezug auf die vertretenen Branchen: Industrie, Handel, Dienstleistungen, Transportwege, Banken, zählte Waasner auf.

Während Corona habe sich die IHK vieler Sorgen der Unternehmer angenommen. Corona habe der Industrie zu schaffen gemacht. Auch dem Zulieferer für die Automobilindustrie seien wegen Corona Anfang 2020

viele Aufträge über Nacht storniert worden, der Umsatz sei bis zu 30 Prozent eingebrochen. Im April sei Waasner nichts anderes übrig geblieben, als für seine 400 Mitarbeiter Kurzarbeit anzumelden. „Das war aber das einzige Mittel, das wir eingesetzt haben“, sagte der Unternehmer. Andere Corona-Hilfen musste er nicht in Anspruch nehmen.

Zwar konnte Waasner nun wieder mehr Leiharbeiter einstellen, es sei aber extrem schwierig, gute Mitarbeiter zu finden – vor allem Fachkräfte im hochqualifizierten Bereich. Daher sei es eine wichtige Aufgabe der IHK, mehr junge Leute für eine Ausbildung zu begeistern. Nicht nur der Fachkräftemangel, auch die enormen Preissteigerungen beeinträchtigen die Unternehmer. Waasner sprach in diesem Zusammenhang auch das Safe-Guard-Verfahren an. Digitalisierung, Decarbonisierung und der demografische Wandel seien drei weitere große Themen, die die Wirtschaft beschäftigen, so die Gremiums-Mitglieder.

Und auch die Auswirkungen der Ukraine-Krise beschäftigen das Gremium – insbesondere die Sorge um die Versorgungssicherheit mit Energiegütern und anderen Rohstoffen aus Russland. Waasner plädierte dafür, die Kurzarbeiterregelungen wenigstens um ein paar Monate zu verlängern, um die ohnehin von der Corona-Krise gebeutelten Unternehmer von den Auswirkungen des Krieges finanziell zu entlasten.

Wiesenttalbahn: Forderung nach 30-Minuten-Takt und Verlängerung über Ebermannstadt hinaus



Ebermannstadt. Stau in der Stadt, eine unattraktive öffentliche Verkehrsanbindung auf dem Land - um die Region und das Klima zu entlasten, braucht es ein gutes Verkehrssystem zwischen Forchheim, Ebermannstadt und dem Wiesenttal. Das fordern die Bürgermeister der Gemeinden rund um Ebermannstadt. Sie wollen einen 30-Minuten-Takt für die Wiesenttalbahn sowie eine Verlängerung der Verbindung über Ebermannstadt hinaus bis Muggendorf oder besser noch bis Beringersmühle. Hier fährt derzeit nur die Dampfbahn an den Wochenenden. Auf der Suche nach weiteren möglichen Lösungswegen luden Ebermannstadts Bürgermeisterin Christiane Meyer und in Vertretung von Wiesenttals erstem Bürgermeister Marco Trautner, zweiter Bürgermeister Konrad Rosenzweig, nun auch Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert ein.

Im Rathaus stellten die beiden Bürgermeister zusammen mit Ebermannstadts drittem Bürgermeister Richard Wiegärtner, Stadtrat Johannes Obenauf, der auch im Verein Dampfbahn Fränkische Schweiz ist, und ILE-Managerin Corinna Bauer ihre Wünsche vor und erörterten etwaige Umsetzungsmöglichkeiten.

Einigkeit herrschte in einem: Um die Verkehrswende zu schaffen, muss ein Teil des Verkehrs weg von der Straße auf die Schiene. Gerade im ländlichen Raum ist dies eine große Herausforderung. Die meisten sind auf das Auto angewiesen, um zur Arbeit zu gelangen oder sich täglich zu versorgen. Das liegt auch an einem häufig unattraktiven öffentlichen Personennahverkehr.

Wie die Bürgermeisterin von Ebermannstadt betonte, seien gerade zu den Stoßzeiten die Kreuzungen in der Stadt überlastet und die Ampeln ausgereizt. Durch die Verlängerung der Verbindung zwischen Forchheim und Ebermannstadt und den Ausbau der Taktung könnten die Stadt sowie die B470 erheblich vom Verkehr entlastet werden, ist sich Meyer sicher. Sie wüschte sich ein Förderprogramm, um eine Kostenanalyse oder Machbarkeitsstudie für den Ausbau erstellen zu können und wandte sich mit diesem Wunsch an Launert. Gute Ideen von Kommunen müssten unterstützt werden.

In der Wiesenttalbahn sehen die Initiatoren und Unterstützer des Projekts eine reale Chance, dieses Ziel zu erreichen. „Wir müssen die Chance nutzen, wenn wir mit urbanen Strukturen mithalten wollen“, sagte Obenauf. Er sehe großes Potential. Doch um für Pendler und auch Touristen attraktiv zu sein, müsse die Taktung enger werden. Wartezeiten von einer Stunde seien nicht akzeptabel, um auf das Auto zu verzichten. Die aktuell relativ niedrigen Fahrgastzahlen von derzeit 600 täglich seien eine Folge des Angebots und damit kein Argument gegen den 30-Minuten-Takt - für den Fahrgastzahlen von 3000 täglich gefordert werden. Darin waren sich alle einig. Flächendeckend sei der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs im ländlichen Raum nicht finanzierbar, so Rosenzweig. Daher müssten Wünschenswertes und Machbares miteinander verbunden werden.

Bundestagsabgeordnete Launert merkte insoweit an, dass sie skeptisch sei, dass vonseiten des Freistaates Gelder fließen würden, da die vorgelegten Zahlen für eine Förderzusage zu niedrig seien und das Land alle Antragstellenden gleich behandeln müsse. Allerdings verwies die Abgeordnete auf die Möglichkeit, es auf Bundesebene zu versuchen. Zwar sei der Bund nicht primär zuständig, allerdings habe die neue Bundesregierung immer wieder betont, die Verkehrswende priorisieren zu wollen. Daher würde sie den Tipp geben, ein Bundesprogramm einzufordern, das gezielt Modellprojekte fördert. Die Gemeinden könnten sich dann im Rahmen eines solchen Programmes auf den Erhalt von entsprechenden Fördergeldern bewerben. Als Modellregion für eine bessere Taktung in Kombination mit einer Teststrecke für autonomes Fahren zum Beispiel - wie Obenauf für Nebenstrecken vorschlug - oder dem Ausbau eines Anruf-Linien-Taxis könnte das Projekt dann finanziert werden.

Als nächsten Schritt wolle Ebermannstadts Bürgermeisterin zusammen mit den anderen Bürgermeistern neben Launerts Vorschlägen weitere Ideen zusammentragen, um nach Lösungen zu suchen, die das Projekt zum Erfolg führen können.

Förderprogramm IMPULS für Amateurmusiker: Jetzt Antrag stellen

Bayreuth. Im Rahmen des Förderprogramms „Neustart Kultur“ stellt die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien mit dem Förderprogramm IMPULS insgesamt fast 20 Millionen Euro für die Amateurmusik in ländlichen Räumen bereit. Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert macht auf die laufende Antragsfrist aufmerksam.

Auch 2022 haben Amateurmusikensembles aus ländlichen Räumen wieder die Chance, eine Förderung bei IMPULS zu beantragen und bei Bewilligung mit bis zu 15.000 Euro gefördert zu werden. Seit dem 15. Januar 2022 können Ensembles laufend Förderanträge einreichen.

Die Ensembles sollen zur schnellen Wiederaufnahme der Proben- und Konzerttätigkeit befähigt werden und Unterstützung bei der Gewinnung von Mitgliedern erhalten. Gefördert werden innovative Projekte zum kreativen Neustart sowie Maßnahmen zur Mitgliedergewinnung und Strukturstärkung. Die Projekte können im Zeitraum vom Januar bis Dezember 2022 stattfinden.

Weitere Informationen und Unterlagen zur Vorbereitung eines Antrags stehen bereit unter: www.bundesmusikverband.de/impuls

Außerdem gibt es für interessierte Ensembles die Möglichkeit, sich unter der Hotline 07425/32 88 06 – 50 individuell beraten zu lassen. Sprechzeiten: mittwochs von 12 bis 14 Uhr. Das Projektteam steht bereit, um die Ehrenamtlichen sowohl bei der Konzeption ihrer Projekte als auch bei der Antragstellung tatkräftig zu unterstützen. Per E-Mail ist das Team unter impuls@bundesmusikverband.de erreichbar.



StandWithUkraine

Die Botschaft der Frauen-Union Oberfranken ist unmissverständlich: „Wir stehen an der Seite der Ukraine!“ Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sei durch nichts zu rechtfertigen, so die FU-Bezirksvorsitzende Silke Launert. Der Krieg bringe unsägliches menschliches Leid für alle Beteiligten. Der russische Präsident Putin zerstöre dabei mutwillig die europäische Sicherheitsordnung.

Die FU-Oberfranken fordert daher, entschiedene Handlungsschritte gegen den russischen Aggressor zu unternehmen. Aus aktuellem Anlass lud die FU-Oberfranken gleich nach Ausbruch des Krieges zusammen mit der Bundestagsabgeordneten Silke Launert und dem CSU Kreisverband Bayreuth-Stadt zu einem digitalen Austausch mit dem Außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt, ein. Zudem beteiligen sich viele Orts- und Kreisverbände der Frauen-Union Oberfranken an Friedensgebeten und Spendensammlungen für das Kriegsgebiet.

Equal Pay Day - Gleichberechtigung beginnt bei gleicher Bezahlung

Der Equal Pay Day erinnert jedes Jahr daran, dass die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern in Deutschland nach wie vor zu groß ist. Zwar hat sich der sogenannte Gender Pay Gap in den letzten Jahren etwas verringert, die statistische Lohnlücke liegt jedoch immer noch bei 18 Prozent. Das heißt, dass Frauen bis zum 7. März theoretisch unentgeltlich arbeiten, verglichen mit dem durchschnittlichen Bruttoverdienst von Männern. Für die Frauen-Union Oberfranken ist klar: Damit muss endlich Schluss sein! Eine umfassende Kinderbetreuung, mehr Frauen in Führungspositionen, flexible Arbeitszeitmodelle und die Aufwertung sozialer Berufe sind Wege zu mehr Gleichberechtigung in der Arbeitswelt!

Sabine Saam (Stv. Bezirksvorsitzende der FU-Oberfranken):

„Auch 2022 müssen wir uns zur geschlechterspezifischen Lohnlücke äußern. Das löst Wut und Trauer aus in mir, weckt aber auch meinen Kampfgeist gemeinsam mit der FU.“

Brigitte Soziaghi (Kreisvorsitzende der FU-Kulmbach):

„Frauen sind in der digitalen Welt genauso fit wie Männer. Deshalb müssen sie die gleiche Bezahlung erhalten!“

Silke Launert (Bezirksvorsitzende FU-Oberfranken):

„Wir brauchen den Equal Pay Day, damit wir ihn nicht mehr brauchen!“

Internationaler Weltfrauentag

Weltweit werden Frauen nach wie vor zum Teil massiv diskriminiert. Ganz aktuell zeigt sich an Afghanistan, wo Mädchen nun nicht mehr zur Schule gehen dürfen, dass gewaltige Fortschritte schnell wieder zunichte gemacht werden können. Die Lage für Frauen in Teilen der Welt ist katastrophal. Auch wenn Deutschland diesbezüglich weit entwickelt ist, gibt es hierzulande Nachholbedarf, wie die bestehenden Ungerechtigkeiten zwischen Mann und Frau in der Arbeitswelt (Gender-Pay-Gap) zeigen. Um auf diese Missstände hinzuweisen, wird jedes Jahr am 8. März der Weltfrauentag begangen.

Auch die Frauen-Union Oberfranken war wieder für die Rechte der Frauen im Einsatz. In ganz Oberfranken fanden verschiedene Aktionen statt, wie etwa die Verteilung von Rosen an Bürgerinnen durch die Frauen-Union Bayreuth

Stadt. „Es war schön zu sehen, dass unsere kleine Aufmerksamkeit so gut ankam und wir vielen trotz dieser schwierigen Zeit eine kleine Freude bereiten konnten“, so die Bezirksvorsitzende der FU-Oberfranken und Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert.

Aber auch an anderen Orten war das Engagement groß: So hat die Frauenunion Aischgrund-Eggerbachgrund Kino-Gutscheine verteilt, welche der FU-Kreisverband Forchheim vor einiger Zeit mittels Spenden dem Kino Forchheim abgekauft hatte. Der erste Gutschein ging dabei an den Blumenladen Eggolsheim. „Frau Kupfer zaubert immer wieder die schönsten Sträuße. Während der Corona-Krise bekam man Blumen, Salat und allerlei Pflanzen auf Vorbestellung mit kontaktloser Übergabe am Gartenzaun. Danke sagen wir heute für diesen besonderen Einsatz.“

Kleine Präsente samt der Botschaft „Du bist ein Schatz“, gab es auch von der Frauen-Union Schleißitz: Zusammen mit einem selbst gebackenen Cookie überreichten Nadja Heinbuch, Ingrid Freudensprung, Anne Hofmann und Yasemin Goller im Namen der Frauen-Union Scheßlitz die kleinen Geschenke.

Auch der Kreisverband der Frauen-Union Forchheim war tatkräftig im Einsatz und warb in der Innenstadt für mehr Gleichberechtigung. Ganz besonders dachte die Frauen Union Oberfranken in diesem Jahr an die Frauen in der Ukraine:

„Der Weltfrauentag steht 2022 im Zeichen des Krieges in der Ukraine. Wir denken besonders an die Frauen, Mütter, Töchter, Tanten die in diesem Krieg kämpfen müssen und gleichzeitig Familien zusammenhalten und Unmögliches möglich machen.“



Veranstaltungshinweise

Gerne möchten wir an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, auf Veranstaltungen in unserer Region hinzuweisen. Sollten Sie auch Tipps zu Veranstaltungen haben, kontaktieren Sie uns gerne und wir versuchen sie mit aufzunehmen!

Regine Filmtheater Pegnitz:
www.regina-filmtheater.com/spielplan

KINTOPP Hollfeld
www.kintopp-online.de/programm.html

Das ZENTRUM Bayreuth
www.das-zentrum.de/veranstaltungen.html



Mensch & Politik

Dr. Silke Launert

Impressum: Büro Bayreuth · Eduard-Bayerlein-Straße 5 · 95445 Bayreuth · Tel. 0921 - 76430 21 · Fax: 0921 - 76430 22